

#GIDSresearch 1 / 2024

Hendrik Remmel

## **Die USA als geostrategischen Akteur im Ukrainekrieg verstehen**

2., aktualisierte Auflage

#GIDSresearch | Nr. 1/2024 | Januar 2024 | ISSN 2699-4380

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar

ISSN 2699-4380

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSresearch wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

#GIDSresearch gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitiervorschlag:

Hendrik Rimmel, Die USA als geostrategischen Akteur im Ukrainekrieg verstehen, #GIDSresearch 1/2024, GIDS: Hamburg.

2., aktualisierte Auflage März 2024

GIDS  
German Institute for Defence and Strategic Studies  
Führungsakademie der Bundeswehr  
Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg  
Tel.: +49 (0)40 8667 6801  
[buro@gids-hamburg.de](mailto:buro@gids-hamburg.de) · [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

## Inhalt

1	Einleitung: Das deutsch-US-amerikanische Verhältnis als Teil der Debatte um die Weiterentwicklung der deutschen strategischen Kultur .....	1
2	Eine kurze Geschichte der sicherheitsstrategischen Beziehungen Deutschlands und der USA seit 1945 .....	4
3	US-amerikanisches geostrategisches Akteursverhalten im Wandel.....	8
4	Das Verhalten der USA als strategischer Akteur in der Ukraine verstehen ...	12
4.1	Eine diplomatische Gratwanderung .....	13
4.2	Bedingungsloser Unterstützer? .....	16
4.3	Welche strategischen Ziele können die USA im Ukrainekrieg erreichen? .....	19
4.4	Zwischenfazit – Ende einer Ära .....	20
5	Folgerungen für die Debatte um die Weiterentwicklung der strategischen Kultur in Deutschland.....	21
	Literaturverzeichnis .....	24



# Die USA als geostrategischen Akteur im Ukrainekrieg verstehen

## 1 Einleitung: Das deutsch-US-amerikanische Verhältnis als Teil der Debatte um die Weiterentwicklung der deutschen strategischen Kultur

Bundeskanzler Olaf Scholz benannte im Vorwort der ersten deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) fundamentale strategische Veränderungen für Deutschland. Unter anderem ist von der grundlegenden Hinterfragung der europäischen Sicherheitsordnung und einer multipolaren globalen Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert die Rede.<sup>1</sup> Wesentliche Adressaten dieser Feststellung eines sich gewandelten Sicherheitsumfeldes sind zum einen Russland<sup>2</sup> mit dessen Angriffskrieg auf die Ukraine und zum anderen China als Partner, jedoch auch als systemischer Wettbewerber und Rivale.<sup>3</sup> Dringlicher denn je sei daher angesichts dieser Veränderungen die Notwendigkeit einer weiterzuentwickelnden strategischen Kultur in Deutschland in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte, so die wiederholte Aufforderung der Bundesregierung in der NSS.<sup>4</sup> Bemerkenswerterweise vermochten es die Verfasser der NSS in diesem Zusammenhang weder den Begriff „strategische Kultur“ zu definieren noch das Wesen der gegenwärtigen deutschen strategischen Kultur zu benennen, welche es weiterzuentwickeln gälte.<sup>5</sup>

Zweifelsohne ist die NSS nicht das alleinstehende, aber gleichwohl prägende Abbild der gegenwärtigen strategischen Denk- und Handlungsmuster in Deutschland. Sicherheitsstrategische Dachdokumente wie die NSS erfüllen nicht nur die Aufgabe, Leitplanken zur Operationalisierung in unterschiedlich befassten Institutionen und Ressorts im Kontext von Sicherheit zu bilden, sondern sind auch ein Instrument strategischer Kommunikation in Richtung der eigenen Bevölkerung.<sup>6</sup> Sie unterliegen langwierigen ressortinternen und außerministeriellen Abstimmungsprozessen und zielen darauf ab, strategische Ziele und Handlungsfelder langfristig gesellschaftlich mehrheitsfähig zu legitimieren. Eine Sicherheitsstrategie und ihre Weiterentwicklung ist daher innerhalb von mehrheitlich akzeptierten gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktionen auszugestalten, wenn sie erfolgreich und langfristig implementiert werden will.<sup>7</sup> Erst ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein und weitestgehend konsensuales Verständnis

1 Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 5.

2 Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 11.

3 Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 12.

4 Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 17 und 73.

5 Einen ebenso vollständigen wie komprimierten Überblick über den aktuellsten Forschungsstand zur strategischen Kultur als Konzept zum Verstehen strategischer Denk- und Handlungsmuster lieferte unlängst Beatrice Heuser im Routledge Handbook of Strategic Culture (Heuser 2023a: 17–30).

6 Jacobi 2019: 226.

7 Vgl.: Heuser 2023a: 17–21.

strategischen Denkens und Handelns führt demnach dazu, dass politische Entscheidungen durch die Bevölkerung nachvollzogen und unterstützt werden.<sup>8</sup> Umso bedeutsamer ist es daher, das Wesen der gegenwärtigen strategischen Kultur in Deutschland zu identifizieren, welche die Grundlage für die von der Bundesregierung geforderte gesamtgesellschaftliche Debatte bilden muss.

Diesem fehlenden Baustein in der NSS will sich der Verfasser der vorliegenden Studie in einer umfassenderen und gegenwärtig in der Erstellung befindlichen Forschungsarbeit widmen, welche das Verstehen der aktuellen deutschen strategischen Kultur zum Ziel hat, um die Voraussetzungen der geforderten gesamtgesellschaftlichen Debatte zu schaffen. Rekurrierend auf die bereits erfolgte Grundlagenforschung des in der Erstellung befindlichen Forschungsprojektes wird der Begriff der strategischen Kultur im Folgenden als determinierende Größe von strategischen Denk- und Handlungsmustern durch historische Narrative, Werte und Normen definiert.<sup>9</sup>

Die soziokulturelle Konstruktion dessen, was in Gesellschaften mehrheitlich als wahr (historische Narrative), richtig (Werte) und rechtmäßig (Normen) akzeptiert wird, bestimmt demnach den Referenzrahmen, in welchem Sicherheitsstrategie gedacht und letztlich praktiziert wird. Daraus folgt, dass sich das Verhalten von strategischen Akteuren – im klassischen Verständnis Nationalstaaten<sup>10</sup> – erstens von Kultur zu Kultur unterscheiden kann und zweitens wandelbar ist. Für eine Weiterentwicklung der deutschen strategischen Kultur genügt also nicht nur ein nach innen gerichteter Blick. Vor allem bedarf es der Hinterfragung von geostrategischen Verhältnissen zu anderen Akteuren, sowohl zu Partnern als auch zu Rivalen.

Die sich daraus ergebende Dringlichkeit einer steten diskursiven Auseinandersetzung mit kulturell begründeten, aber keineswegs universell gültigen strategischen Denk- und Handlungsmustern soll im Folgenden beispielhaft anhand des laut der NSS wichtigsten sicherheitsstrategischen Verbündeten Deutschlands hervorgehoben werden: den Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>11</sup> Die These lautet, dass die USA seit 2011, spätestens aber seit 2014 ein gewandeltes strategisches Akteursverhalten aufweisen, welches eine Neubewertung des deutsch-US-amerikanischen sicherheits- und

---

**8** Vgl.: Bagger 2019: 113.

**9** In der Wissenschaft existiert keine einheitliche Definition der strategischen Kultur. Einerseits subsumieren sich unter dem Begriff mehrere Strömungen einer politikwissenschaftlichen Disziplin. (Vgl. für die umfangreichste Zusammenfassung insbesondere Seppo 2021) Andererseits ist mit der strategischen Kultur ein soziokulturelles Phänomen, ergo ein Untersuchungsgegenstand gemeint. Die vorliegende Arbeit beruft sich auf letztere Einlassung und vertritt dabei die Position, dass der Kulturbegriff im Kontext von strategischem Akteursverhalten einen ganzheitlich-integrativen Ansatz folgen muss. (Vgl. dazu die Vertreter der sogenannten ersten Generation der strategischen Kultur, unter anderem den politikwissenschaftlichen Vater der strategischen Kultur, Jack Snyder (1977) und Colin Gray (1981 und 1999), welche sich gegen Tendenzen innerhalb der politikwissenschaftlichen Disziplin der strategischen Kultur wandten, Kultur lediglich als alleinstehende Einflussvariable zu begreifen. Kultur, so die Überzeugung der Vertreter der ersten Generation, dient nicht nur dazu, strategisches Akteursverhalten zu erklären, sondern es in einem ganzheitlich-deterministischen Verständnis zu *verstehen*).

**10** Wengleich jüngste wissenschaftliche Studien zur strategischen Kultur vom formell-elitären Verständnis der Trägerschaft einer strategischen Kultur Abstand nehmen und unter anderem Netzwerke, Konzerne oder Nichtregierungsorganisationen ebenfalls als mögliche Träger einer strategischen Kultur akzeptieren, nimmt der Nationalstaat eine unverändert zentrale Rolle ein und prägt das sicherheits- und außenpolitische Verhalten von strategischen Akteuren (Vgl.: Pankratz 2019: 30).

**11** Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 11, 20, 21, 31.

außenpolitischen Verhältnisses bedingt.<sup>12</sup> Besonders eindrücklich lässt sich diese Schwerpunktverlagerung anhand des für Deutschland hochgradig relevanten Krieges Russlands in der Ukraine illustrieren.

Nach der russischen Völlinvasion erlebte die deutsche Gesellschaft einen Schock, weil die lange als selbstverständlich erachtete stabile Sicherheitsarchitektur in Europa erstmals seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland durch einen konventionellen Krieg zweier souveräner Staaten in Frage gestellt worden war.<sup>13</sup> Die russische Völlinvasion und die durch den Bundeskanzler ausgerufene Zeitenwende, inklusive eines enormen Bedeutungsgewinns für die Erstellung der Nationalen Sicherheitsstrategie, vergegenwärtigen die wahrgenommene und auch faktische große sicherheitspolitische Bedeutung, die diesem Konflikt in Politik und Gesellschaft beigemessen wird.<sup>14</sup>

Dieser These und der erfolgten wissenschaftstheoretischen Einordnung zur strategischen Kultur folgend muss für politische Entscheidungsträger und auch für die breite Bevölkerung in Deutschland ein Bewusstsein für die Notwendigkeit aufgezeigt werden, die gegenwärtigen strategischen Denk- und Handlungsmuster der USA zu verstehen. Daraus abgeleitet kann eine mehrheitsfähige Neubewertung oder Bestätigung des strategischen Verhältnisses zwischen beiden Ländern diskutiert und auf sicherheits- und außenpolitische Herausforderungen wie dem Russland-Ukraine-Krieg angewendet werden.<sup>15</sup>

Verstehen im Sinne der wissenschaftlichen Disziplin der strategischen Kultur ist dabei keineswegs mit einem Verständnis im Sinne einer moralischen Bewertung hinsichtlich des Verhaltens eines strategischen Akteurs gleichzusetzen. Es ist nicht von Belang, das strategische Verhalten der USA zu kritisieren oder zu befürworten, sondern zu durchdringen, worin die sinnstiftende Bedeutung für den handelnden Akteur hinter seinem Verhalten liegt.<sup>16</sup> Dieser Ansatz wird in der wissenschaftlichen Disziplin der strategischen Kultur auch als *strukturierte Empathie* gegenüber strategischen Akteuren benannt, aus dessen Verständnis heraus wiederum Erkenntnisse über Tendenzen des strategischen Akteursverhaltens abgeleitet werden können.<sup>17</sup>

**12** Über den genauen Zeitpunkt zur Initiierung des Wandels lässt sich trefflich streiten. Nicht wenige wissenschaftliche Beobachtungen verorten mit dem *Pivot to Asia* selbigen im Jahr 2011, der mit dem Abzug fast aller US-Truppen aus dem Irak untermauert wurde. Manche Ansätze reichen sogar noch bedeutend weiter zurück. (Vgl. u. a.: Overhaus 2015: 5 f.) Im Folgenden soll das Argument für die Festlegung auf das Jahr 2014 handlungsleitend sein, da spätestens zu diesem Zeitpunkt ein Wandel im US-amerikanischen strategischen Akteursverhalten nicht mehr von der Hand zu weisen ist.

**13** Vgl.: Saxer 2023: 60 f.

**14** Vgl.: Kamp 2023: 285.

**15** Vgl.: Maull et al. 2023: 45.

**16** Vgl.: Glenn 2009: 542 f.

**17** Vgl.: Pankratz 2019: 37. Die strukturierte Empathie folgt dem Ansatz der sogenannten vierten Generation strategischer Kultur. Diese spitzt die ganzheitlich-verstehende Epistemologie der ersten Generation zu und vertritt die Ansicht, sich vollumfänglich in die Kultur eines Akteurs hineindenken zu müssen, um sein Denken und Handeln verstehen zu können. Zweifelsohne kann ein derartiges Unterfangen nicht in einem Forschungspapier wie dem vorliegenden umgesetzt werden. Der Ansatz verdeutlicht aber, die Notwendigkeit eines kulturellen Bewusstseins für einen strategischen Akteur, wenn dessen Verhalten nicht nur erklärt, sondern auch verstanden werden soll. Um die Idee der ersten und auch der vierten Generation zu verdeutlichen und den semantischen Unterschied zwischen erklären und verstehen im kulturellen Kontext herauszustellen, sei an dieser Stelle ein einfaches Beispiel angeführt: Es ist ein Leichtes, einem mit der westlichen Kultur gänzlich unvertrauten Individuum zu *erklären*, dass ein Stuhl ein Stuhl

Die Identifizierung des gegenwärtigen US-amerikanischen strategischen Akteursverhaltens im Kontext von Sicherheit und die daraus erwachsenden zu diskutierenden Handlungsfelder für Deutschland werden sich in folgenden analytischen Schritten vollziehen: Zunächst gilt es herauszustellen, warum die Betrachtung von sich wandelnden Verhaltensweisen der USA für Deutschland überhaupt von Bedeutung sind. Hierzu wird die Historizität der sicherheitsstrategischen Orientierung Deutschlands an den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges überblicksartig skizziert. Anschließend erfolgt die Identifizierung relevanter Elemente der US-amerikanischen strategischen Kultur anhand eines inhaltlichen Abgleichs der jüngsten US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategien in Bezug auf strategische Schwerpunktsetzungen und deren Legitimierung. Als praxisbezogenen und hochaktuellen Beleg für die Notwendigkeit der Hinterfragung des gegenwärtigen deutschen Verhältnisses zu den USA erfolgt anschließend die Analyse des US-amerikanischen Akteursverhaltens im Ukrainekrieg im Kontext von Diplomatie und militärischen Unterstützungsleistungen. Abschließend werden aus diesen Feststellungen für Deutschland Handlungsfelder abgeleitet, welche bei einer Weiterentwicklung der deutschen strategischen Kultur zur Debatte gestellt werden müssen.

## 2 Eine kurze Geschichte der sicherheitsstrategischen Beziehungen Deutschlands und der USA seit 1945

Die Bundesregierung sieht die USA als ihren wichtigsten sicherheitsstrategischen Verbündeten an und betont dies wiederholt in der NSS. Mehrfach wird die Partnerschaft zwischen beiden Staaten als eines der zentralen deutschen sicherheitsstrategischen Interessen angeführt.<sup>18</sup> In der NSS kommt zudem die Dankbarkeit Deutschlands gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika für die etablierte Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Europa zum Ausdruck.<sup>19</sup> Damit einhergehend wird hier die aus dem Zweiten Weltkriege erwachsene historische Verantwortung Deutschlands betont, eben diesen Frieden in Europa zu wahren.<sup>20</sup> Schlaglichtartig lassen sich die Ursprünge dieser in historischen Narrativen begründeten Anlehnung Deutschlands an die USA mit dem Beginn des Kalten Krieges begründen.

Ihren Ursprung findet die enge strategische Orientierung der Bundesrepublik an den USA mit ihrer Gründung im Jahr 1949. Das geteilte Deutschland galt als potenzielles Gefechtsfeld einer Auseinandersetzung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.<sup>21</sup> Konventionelle und nukleare Bedrohungsszenarien machten die sicherheitsstrategische Anlehnung Westdeutschlands an die USA auch aufgrund mangelnder europäischer Alternativen unabdingbar und zum höchsten sicherheitsstrategischen Interesse.<sup>22</sup> Die Konsolidierung der bipolaren Weltordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel in einen Zeitraum, in welchem die konventionelle Wiederbewaffnung

---

ist, weil er vier Beine, einen Sitz und eine Lehne hat. Um zu verstehen, warum der Stuhl existiert, muss das unwissende Individuum aber erkennen, dass ein Stuhl gebaut wurde, um auf diesem sitzen zu können.

**18** Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 11, 20, 21.

**19** Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 20.

**20** Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 19.

**21** Vgl.: Heuser 1998: 179.

**22** Vgl.: Heuser 1998: 220.



Westdeutschlands nicht zur Debatte stand. In der Urfassung des deutschen Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 war der Aufbau von Streitkräften nicht vorgesehen, was die vollumfängliche sicherheitspolitische Abhängigkeit der am selben Tag gegründeten Bundesrepublik verfassungsrechtlich manifestierte.<sup>23</sup>

Aufgrund dieser sicherheitsstrategischen Ohnmacht einerseits und der sich verstärkenden Blockkonfrontation andererseits lehnte Bundeskanzler Adenauer 1952 die von Stalin angebotene Neutralität zugunsten einer Wiedervereinigung Deutschlands ab und positionierte die Bundesrepublik damit klar auf Seiten der Westalliierten. Mit dem Scheitern des Vertrages zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 wurde die sicherheitsstrategische Anlehnung der Bundesrepublik an die USA zusätzlich katalysiert.<sup>24</sup> Die durch die USA garantierte Sicherheit ging zu Lasten der geostrategischen Souveränität Deutschlands. Neben der Funktion als militärische Schutzmacht fungierten die USA durch das vom Marshall-Plan unterstützte Wirtschaftswunder zusätzlich als ökonomisches Vorbild für Deutschland.<sup>25</sup> Auch auf dieses historische Narrativ nimmt die Bundesregierung in der Nationalen Sicherheitsstrategie in dankbarer Form Bezug, indem betont wird, dass ohne die Hilfe der heutige Wohlstand nicht möglich gewesen wäre und die Bundesrepublik vom Schutz der hunderttausenden im Westen Deutschlands stationierten Soldaten im Kalten Krieg profitiert habe.<sup>26</sup>

Mit der Beendigung des Besatzungsstatus und der Aufstellung der Bundeswehr erwachsen zunehmend US-amerikanische Erwartungen an ein sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands außerhalb der bundesdeutschen Grenzen. Sie begannen mit der Anfrage für eine militärische Unterstützung durch Sanitäts- und Pionierkräfte im Vietnamkrieg 1964, welche aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt worden war.<sup>27</sup> Auch bei Missionen der Vereinten Nationen, erstmalig bei der UNFICYP in Zypern, zogen die USA die Beteiligung der Bundeswehr in Betracht. In diesem Fall wog das Argument der historischen Schuld Deutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg für eine Ablehnung am schwersten, da insbesondere im Bundesministerium der Verteidigung ein historisch belasteter militärischer Zusammenstoß zwischen griechischen und deutschen Soldaten befürchtet wurde. Die USA akzeptierten letztlich eine finanzielle Unterstützung Deutschlands, was zu einer Überweisung von 500.000 US-Dollar an die Vereinten Nationen führte.<sup>28</sup> Im Jahr 1982 übte die US-Regierung unter Präsident Reagan im Zuge des Libanon-Krieges erneuten Druck auf Deutschland aus, den Militäreinsatz der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens zu unterstützen. Gleiches galt für eine Unterstützungsanfrage zur Entsendung von Minensuchbooten in den Persischen Golf, nachdem ein irakisches Kampfflugzeug 1987 eine US-Fregatte beschossen und die USA eine höhere Militärpräsenz in der Region zum Schutz der Handelswege gefordert hatte.<sup>29</sup>

Die Bundesrepublik behielt jedoch ihre restriktive Haltung zum Einsatz von Streitkräften außerhalb des Bündnisgebietes der NATO auch gegenüber seiner zentralen

<sup>23</sup> Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 330.

<sup>24</sup> Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 329 f.

<sup>25</sup> Vgl.: Heuser 1998: 187.

<sup>26</sup> Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 19.

<sup>27</sup> Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 333.

<sup>28</sup> Vgl.: Konopka 2023: 90.

<sup>29</sup> Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 344.

Schutzmacht bei.<sup>30</sup> Gleichwohl wurden trotz aller innenpolitischer Ressentiments und verfassungsrechtlicher Hürden in der sogenannten „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ der Bundesrepublik alle militärischen Unterstützungsanfragen und insbesondere die der USA einer pauschalen Prüfung unterzogen. Eine generelle Ablehnung, so die Befürchtung des Auswärtigen Amtes, würde für die Bundesrepublik potenziell den Abzug der US-Truppen und der Atomwaffen vom bundesdeutschen Staatsgebiet bedeuten, deren Präsenz jedoch unverändert das sicherheitsstrategische Kerninteresse darstellte. Zudem war die Bundesregierung zunehmend bemüht, den immer drängender werdenden Forderungen der USA zumindest im Ansatz zu entsprechen. Um guten Willen zu zeigen, entsendete die Bundesregierung auch ohne Rückhalt in der Bevölkerung oder der Opposition im Herbst 1987 Kriegsschiffe; allerdings ins Mittelmeer und nicht in den Persischen Golf.<sup>31</sup>

Die Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion stellten in vielerlei Hinsicht eine Form der Orientierungslosigkeit für die deutsche strategischen Landschaft dar. Die bipolare Weltordnung, die auch in der Denkweise führender politischer und militärischer Entscheidungsträger eine ordnende Funktion eingenommen hatte, war nicht mehr vorhanden.<sup>32</sup> Die gesellschaftliche und politische Unterstützung für die Festlegung auf eine gesamtdeutsche Militärstrategie war aufgrund der weggefallenen Bedrohungsperzeption durch die Sowjetunion nicht mehr gegeben. Vielmehr bestand die Bestrebung, militärstrategische und auch operative Fähigkeiten und Führungsstrukturen zu reduzieren und in NATO-Strukturen zu überführen.<sup>33</sup> Im unmittelbaren Spannungsfeld zu der historisch erwachsenen Solidarität zu und auch Abhängigkeit Deutschlands von den USA stand das sich nach dem Kalten Krieg in Deutschland durchsetzende Narrativ der „Zivilmacht“.<sup>34</sup> Große Teile der deutschen Bevölkerung und auch politische Entscheidungsträger verstanden nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes Deutschland als einen Akteur, welcher seine geostrategischen Interessen auf diplomatischen und wirtschaftlichen Wegen zu erreichen versuchte. Mit dieser Haltung war man bestrebt, dem wachsenden und von Verbündeten eingeforderten geopolitischen Gewicht eines vereinten Deutschlands zu entsprechen.<sup>35</sup>

Der Einsatz des Militärs hingegen sollte den Verbündeten überlassen werden und die Bundesrepublik in solchen erforderlichen Szenarien bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien, dem Dritten Golfkrieg oder Afghanistan. Diese politische Konsenshaltung innerhalb Deutschlands führte unter anderem zur massiven Verkleinerung der Bundeswehr, der signifikanten Kürzung des Verteidigungsbudgets und der Überzeugung, dass militärische Gewalt, wenn überhaupt, als letztes Mittel einzusetzen sei.<sup>36</sup> Die USA sahen sich in dieser Zeit nicht veranlasst, Deutschland als Verbündeten zu einem größeren militärischen Engagement zu verpflichten. Die „out of area“-Einsätze der 1990er und 2000er Jahre banden zwar US-amerikanische militärische Ressourcen in erheblichem Umfang, jedoch kam es zu

---

**30** Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 342.

**31** Vgl.: Barbin/Konopka 2023: 344 f.

**32** Vgl.: Reichenberger 2019: 433.

**33** Vgl.: Saxi 2020: 384 f.

**34** Vgl.: Maull 2010: 56–80.

**35** Vgl.: Schöllgen 1993: 127.

**36** Vgl.: Seppo 2021: 125; Geis 2019: 202 f.

keinem Zeitpunkt zu einem Konflikt mit einem geostrategischen Konkurrenten, welcher die US-amerikanische Hegemonialstellung hätte herausfordern können.<sup>37</sup>

Auch nach der Jahrtausendwende blieb Deutschland seiner militärischen Zurückhaltungspolitik durch ein stark begrenztes Engagement im Dritten Golfkrieg<sup>38</sup> oder gar durch Nichtbeteiligungen wie bei der Militärintervention der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Libyen<sup>39</sup> treu und verließ sich auf US-amerikanische militärische Fähigkeiten. Umfangreichere Militäreinsätze im ehemaligen Jugoslawien und dem sogenannten *Global War on Terror*<sup>40</sup> in Afghanistan folgten der Logik der Bündnisverpflichtung innerhalb der NATO und der Solidarität mit den USA, ohne dabei die in der deutschen Bevölkerung unverändert mehrheitsfähigen Grundsätze der militärischen Zurückhaltung zu negieren.<sup>41</sup>

Der Appetit der Deutschen nach einem offensiven verteidigungs- und sicherheitspolitischen Engagement gemeinsam mit den USA war vor dem Hintergrund der Eindrücke aus Afghanistan in den 2010er Jahren überaus gering. Nur 18 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: „*Mein Land sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den USA engagieren.*“<sup>42</sup> Gleiches galt für die Einstellung zum Einsatz militärischer Gewalt, welcher im Kontext des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr im Jahr 2010 nur 20 Prozent der deutschen Befragten zustimmten.<sup>43</sup>

Spätestens ab der Jahrtausendwende wurde Deutschland daher von zahlreichen Verbündeten, so auch von den USA, als „*sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer*“<sup>44</sup> betrachtet und hat in jüngster Vergangenheit zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren.<sup>45</sup> Hauptkritikpunkt war und ist die geringe Verantwortungsübernahme im Kontext von globaler Sicherheit, die sich neben der konstanten Zurückhaltung bei der Entsendung von Streitkräften beispielsweise in Deutschlands jahrelanger Nichteinhaltung der in der NATO vereinbarten Ziele für Militärausgaben manifestiert. Vor allem von den USA wird seit dem NATO-Gipfel in Wales 2014 im Zuge des russischen Überfalls auf die Krim und den Donbass ein größeres sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands als europäischer sicherheitsstrategischer Akteur eingefordert.<sup>46</sup> Die unterentwickelte Auseinandersetzung mit jüngsten sicherheitsstrategischen Herausforderungen und den sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten für Deutschland, welche unverändert durch das Narrativ der US-amerikanischen Schutzmacht legitimiert wird, wurde in den

<sup>37</sup> Vgl.: Sullivan 2023: 10.

<sup>38</sup> Eine Entscheidung, die im regierungs- und ressortinternen Diskurs hart umkämpft war. Der damalige Generalinspekteur Kujat hatte der US-Administration bereits ein 10.000 Soldaten starkes Kontingent für die *Operation Enduring Freedom* in Aussicht gestellt. Erst nachdem der damalige Verteidigungsminister Scharping dem damaligen Bundeskanzler Schröder indirekt mit dem Rücktritt gedroht hatte, wurde das Kontingent auf die Entsendung weniger Spezialkräfte reduziert. In den Parlamentsdebatten wurde die Entsendung dieser Spezialkräfte als Polizeieinsatz deklariert. Vgl.: Münch 2015: 165; Giegerich/Terhalle 2021: 217.

<sup>39</sup> Vgl.: Mayer 2017: 14 f.

<sup>40</sup> Vgl.: Münch 2015: 156.

<sup>41</sup> Vgl.: Kriemann 2021: S.427; Münch 2015: 165 f.; Gareis 2006: 236.

<sup>42</sup> Vgl.: Biehl et al. 2011: 34.

<sup>43</sup> Vgl.: Biehl et al. 2011: 79.

<sup>44</sup> Vgl.: Giegerich/Terhalle 2021: 203.

<sup>45</sup> Vgl.: Bunde 2019: 42.

<sup>46</sup> Vgl.: Mölling 2014: 1.

vergangenen Jahren in der Wissenschaft<sup>47</sup>, von vereinzelt Medienvertretern<sup>48</sup>, den beiden Altkanzlern Schmidt und Kohl<sup>49</sup>, dem ehemaligen Bundespräsidenten Gauck<sup>50</sup> und hochrangigen (ehemaligen) Militärs<sup>51</sup> vermehrt kritisiert.

Wie das nachfolgende Kapitel durch einen Überblick über die US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategien der vergangenen zehn Jahre aufzeigen wird, reicht eine bloße Kritik jedoch nicht mehr aus. Durch eine veränderte geostrategische Schwerpunktsetzung der USA kann die deutsche Rolle der militärischen Zurückhaltung und der sicherheitsstrategischen Anlehnung an seine historische Schutzmacht als Element der strategischen Kultur nicht mehr aufrechterhalten werden.

### 3 US-amerikanisches geostrategisches Akteursverhalten im Wandel

Der spätestens 2014 vom damaligen US-Präsidenten, Barack Obama, initiierte Wandel in der US-amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung markierte eine deutliche Abkehr zur seit den Anschlägen vom 11. September 2001 praktizierten sicherheitsstrategischen Handlungspraxis der USA. An die Absolventen der Militärakademie West Point gerichtet, hob er hervor: *„You are the first class to graduate since 9/11 who may not be sent into combat to Iraq or Afghanistan.“*<sup>52</sup> Damit läutete der US-amerikanische Präsident das Ende des Zeitalters vom Global War on Terror ein und schlug in derselben Rede ein neues Kapitel der sicherheitsstrategischen Ausrichtung der USA auf, welches er 2011 mit dem „Pivot to Asia“, also der Schwerpunktverlagerung US-amerikanischer sicherheits- und außenpolitischer Interessen nach Südostasien, erstmals angedeutet hatte.<sup>53</sup> Die sogenannte „Obama-Doktrin“<sup>54</sup> war vor allem durch die Haltung geprägt, dass US-amerikanische geostrategische Ordnungsvorstellungen nicht durch eine expansive Militärpräsenz (Global Military Posture) sichergestellt werden könnten. Zur Legitimierung dieser Abkehr bediente er sich des eingangs definierten Dreiklangs aus „historischen Narrativen – Werten – Normen“. Er rekurrierte auf die historische Rolle der USA als Hegemonialmacht, welche zu bewahren sei (historisches Narrativ), die Werte der USA und seiner Verbündeten, die es zu verteidigen gelte (Werte) und die Rechtmäßigkeit, diese Werte mit militärischen Mitteln zu verteidigen (Normen):

The odds of a direct threat against us by any nation are low and do not come close to the dangers we faced during the Cold War. [...] From Europe to Asia, we are the hub of alliances unrivaled in the history of nations. America continues to attract striving immigrants. The values of our founding inspire leaders in parliaments and new movements in public squares around the globe. [...] So the United States is and remains the one indispensable nation. That has been true for the century passed and it will be true

<sup>47</sup> Vgl.: Barfield 2010: 371 f.; Maull 2011: 97–113; Bjola/Kornprobst 2013: 105; Staack 2014: 173–200; Bunde 2019; Rink 2021: 56 f.

<sup>48</sup> Vgl.: Chauvistré 2009; Thiels 2019.

<sup>49</sup> Vgl.: Staack 2014: 174.

<sup>50</sup> Vgl.: Geis 2019: 212.

<sup>51</sup> Vgl.: von Krause 2016: 38; Naumann 2009: 10; Naumann 2019: 188.

<sup>52</sup> Obama 2014.

<sup>53</sup> Vgl.: Overhaus 2015: 5.

<sup>54</sup> Vgl.: Overhaus 2015: 26.

for the century to come. [...] The United States will use military force, unilaterally if necessary, when our core interests demand it – when our people are threatened, when our livelihoods are at stake, when the security of our allies is in danger. [...] International opinion matters, but America should never ask permission to protect our people, our homeland, or our way of life. [...] On the other hand, when issues of global concern do not pose a direct threat to the United States, when such issues are at stake – when crises arise that stir our conscience or push the world in a more dangerous direction but do not directly threaten us – then the threshold for military action must be higher.<sup>55</sup>

Die Obama-Doktrin löste die expansiv-intervenierenden Tendenzen in den Nahen und Mittleren Osten unter Nutzung diplomatischer, militärischer und ökonomischer Machtprojektion der vergangenen dreizehn Jahre ab.<sup>56</sup> An deren Stelle traten strategische Denkmuster, die sich vornehmlich an dem Erhalt der US-amerikanischen geostrategischen Vormachtstellung in einer zunehmend multipolaren Weltordnung orientierten.<sup>57</sup> Erklärtes Ziel der USA ist es seitdem, die Einflussphasen anderer Akteure so zu beschränken, dass sie nicht die US-amerikanischen Sicherheitsinteressen tangieren.<sup>58</sup>

Im Zuge dessen distanzierte sich die Obama-Administration von dem historischen Vergleich zur Monroe-Doktrin von 1823, welche die Verhinderung der Einflussnahme europäischer Staaten auf den amerikanischen Kontinent zum Ziel hatte.<sup>59</sup> Der damalige Nationale Sicherheitsberater der Trump-Administration, John Bolton, verwies hingegen explizit auf die Reinkarnation der Monroe-Doktrin.<sup>60</sup> Ebenso wie für eine Rückkehr zur Monroe-Doktrin ließe sich im Übrigen mit Blick auf Europa und den Nahen Osten argumentieren, dass der Global War on Terror nur eine Anomalie in der sich grundsätzlich seit dem Zerfall der Sowjetunion vollziehenden Entwicklung des US-amerikanischen Rückzugs aus der Region darstellt. Seit dem Ende des Kalten Krieges war die Truppenpräsenz der USA in Europa konstant gefallen. Erst 2023 überschritt sie wieder die Marke von 100.000 fest stationierten Soldaten, blieb damit aber weit unter den gut 350.000 US-Truppen der 1980er Jahre zurück.<sup>61</sup>

Für die vorliegende Analyse ist es indes unerheblich, ob führende Politiker oder Wissenschaftler die Beobachtung des US-amerikanischen strategischen Verhaltens seit 2014 in einen größeren historischen Kontext – etwa die 200 Jahre alte Monroe-Doktrin oder das damals 25 Jahre zurückliegende Ende der bipolaren Weltordnung – setzen. Von entscheidender Relevanz für Deutschland ist, dass spätestens 2014 mit der Bestätigung der 2011 ins Leben gerufenen Obama-Doktrin vor dem Hintergrund einer erneuten Bedrohung europäischer Sicherheitsinteressen durch Russland im Zuge des Angriffs auf die Ukraine kein Rückbezug auf alte US-amerikanische geostrategische Schwerpunkte stattfand.

Die in den vergangenen Jahren zunehmende Fokussierung auf den indopazifischen Raum und die Volksrepublik China als geostrategischen Rivalen trotz der seit 2014 feststellbaren imperialen Bestrebungen in Europa lässt sich in den Nationalen

**55** Obama 2014.

**56** Vgl.: Mardell 2023.

**57** Vgl.: Saxer 2023: 60 f.

**58** Vgl.: Schaller 2019: 31.

**59** The US Department of State 2013; siehe dazu auch: Schaller 2019: 31.

**60** Vgl.: Filkins 2019.

**61** Vgl.: Overhaus 2015: 27.

Sicherheitsstrategien der U.S.-Administrationen der Präsidenten Obama, Trump und Biden kohärent nachvollziehen. Eine überblicksartige Darstellung der strategischen Schwerpunktsetzungen in den Nationalen Sicherheitsstrategien der vergangenen zehn Jahre soll diese Entwicklungen verdeutlichen.

Unter Präsident Barack Obama adressierte die Nationale Sicherheitsstrategie im Jahr 2015 den globalen Terrorismus zwar unverändert als primäre sicherheitsstrategische Herausforderung der USA, adressierte aber auch erstmals in herausgehobener Form den Asiatisch-Pazifischen Raum als sicherheitsstrategisches Handlungsfeld. Damals erhoffte sich die US-Regierung von China eine stabile strategische Partnerschaft, wengleich der Aufwuchs militärischer Potenziale der Volksrepublik bereits kritisch erwähnt wurde.<sup>62</sup> Bereits in Vorbereitung auf die US-amerikanische Nationale Sicherheitsstrategie ließen mit der *Strategic Defense Guidance* von 2012 und dem *Quadrennial Defense Review* von 2014 zwei sicherheitspolitische Grundlagendokumente diese Tendenz erkennen.<sup>63</sup>

Eine Fokussierung auf China und Russland als primäre und sekundäre Rivalen der US-amerikanischen sicherheitsstrategischen Interessen wurde 2017 unter US-Präsident Donald Trump vorgenommen.<sup>64</sup> Erstmals wurde von der Strategie einer wirtschaftlichen Annäherung und Liberalisierung an die Volksrepublik Abstand genommen. China wurde offen als geostrategische Bedrohung für die USA benannt, wohingegen Russland in abgeschwächter Form als Akteur identifiziert wurde, der versuche, die US-amerikanische Vormachtstellung zu untergraben, jedoch nicht herauszufordern. Etwaige unmittelbare sicherheitsstrategische Bedrohungen aus dem Nahen Osten für die USA rückten hingegen sichtbar in den Hintergrund.<sup>65</sup>

Auch unter Präsident Joe Biden setzten die USA diese Agenda fort und benannten ihr vorrangiges strategisches Ziel in der Behauptung der US-amerikanischen Hegemonialstellung gegen den geostrategischen Rivalen China. Biden betonte im Dezember 2021 kurz vor der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie, Demokratien gegen autoritäre Einflussnahmen wie die Chinas verteidigen zu wollen.<sup>66</sup> Zudem unterstrich die Biden-Administration die Bedeutung des Indopazifiks, indem sie im Februar 2022 eine Indopazifik-Strategie veröffentlichte.<sup>67</sup>

Die russische Vollinvasion kam für die USA vor dem Hintergrund der festgestellten geostrategischen Schwerpunktverlagerung Richtung Indopazifik zu einem äußerst ungeliebten Zeitpunkt. Kurz vor der für den April 2022 avisierten Veröffentlichung der neuen US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie sah sich die U.S.-Administration gezwungen, Anpassungen hinsichtlich der Rolle Russlands in der globalen Sicherheitsordnung vorzunehmen, wodurch das zentrale strategische Dachdokument der USA erst im Oktober 2022 publiziert werden konnte. Wengleich Russland in der aktuellen US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie durch seine militärischen Aggressionen gegen die Ukraine außerplanmäßig ein deutlich prominenterer Platz eingeräumt wird als ursprünglich vorgesehen, bleibt China der primäre geostrategische

<sup>62</sup> Vgl.: The White House 2015: 24.

<sup>63</sup> Vgl.: Overhaus 2015: 27.

<sup>64</sup> Vgl.: The White House 2017: 2, 46 f.

<sup>65</sup> Vgl.: The White House 2017: 25 f.

<sup>66</sup> Vgl.: Maull et al. 2023: 24.

<sup>67</sup> Vgl.: The White House 2022b.



Antagonist und der indopazifische Raum im sicherheitsstrategischen Fokus der USA.<sup>68</sup> Die USA verfolgen das Ziel, die gegenwärtig bestehende Weltordnung zu erhalten, wie aus der aktuellen US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie hervorgeht:

[...] democracy is always a work in progress—but that will not stop us from defending our values and continuing to pursue our national security interests in the world. The quality of our democracy at home affects the strength and credibility of our leadership abroad—just as the character of the world we inhabit affects our ability to enjoy security, prosperity, and freedom at home.[...]” „Our goal is clear—we want a free, open, prosperous, and secure international order. We seek an order that is free in that it allows people to enjoy their basic, universal rights and freedoms.<sup>69</sup>

Aus US-amerikanischer Perspektive ist China der einzige geostrategische Akteur, der globale strategische Zielsetzungen mit entsprechenden ökonomischen, militärischen, technologischen und diplomatischen Ressourcen hinterlegen kann und damit potenziell eine Bedrohung für die US-amerikanischen strategischen Interessen darstellt.<sup>70</sup> Russland hingegen wird durch sein nahezu ausschließlich auf militärischen Fähigkeiten basierendes imperiales Verhalten nicht als gleichwertiger Rivale, sondern wie schon 2017 als destabilisierendes Element der Weltordnung betrachtet.<sup>71</sup> Folgerichtig bildet der indopazifische Raum den regionalen Schwerpunkt in der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsstrategie, welche nach der Nationalen Sicherheitsstrategie veröffentlicht wurde und ihre Ableitungen aus dieser vornahm. Es folgen Europa (Russland) und darauf erst der Nahe Osten, Afrika und Südamerika.<sup>72</sup> Die in der US-amerikanischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie aufgestellte regionale Priorisierung mit dem zunächst ab 2014 initiierten, 2017 festgelegten und 2022 konstituierten Schwerpunkt auf den Indopazifik mit China als Hauptrivale bei einem gleichzeitigen Bedeutungsverlust des ab 2001 prioritär behandelten Global War on Terror bedeuten demnach einen Wandel der US-amerikanischen geostrategischen Schwerpunktsetzungen.

Vertretern der Auffassung, es handele sich bei diesen Veränderungen um eine Rückbesinnung auf die Monroe-Doktrin, kann somit hinsichtlich der grundlegenden strategischen Zielsetzung der Eindämmung Chinas zum Erhalt der US-amerikanischen Einflussphäre beigeprüft werden. Dem entgegen steht aber eine Ablage in der Operationalisierung der Eindämmungsstrategie. In der Monroe-Doktrin wurde der Schutz einer spezifischen Einflussphäre (Süd- und Mittelamerika) gegen einen unspezifischen Akteur (europäische Staaten) erklärt. Im gegenwärtigen sicherheitsstrategischen Denken der USA hingegen richtet sich die Eindämmung gegen einen spezifischen Akteur (China) in einem unspezifischen, globalisierten und multidimensionalen Raum, sodass keineswegs von einer Reinkarnation der Monroe-Doktrin gesprochen werden kann. Besonders eindrücklich wiegt dieses Argument, da die Biden-Administration den in der Monroe-Doktrin als elementar angesehenen Kontinent Südamerika vergleichsweise

<sup>68</sup> Vgl.: The White House 2022a: 23 f.

<sup>69</sup> The White House 2022a: 7 und 10 f.

<sup>70</sup> Vgl.: The White House 2022a: 23 f.

<sup>71</sup> Vgl.: The White House 2022a: 25.

<sup>72</sup> Vgl.: The U.S. Department of Defense 2022: 37 f.

wenig Beachtung schenkt und lediglich bemüht ist, vornehmlich Chinas Einfluss auf die Region zu beschränken.<sup>73</sup>

Somit ist es aus Sicht der US-amerikanischen strategischen Kultur mit Blick auf die jüngsten Nationalen Sicherheitsstrategien folgerichtig, dem Ukrainekrieg keine sicherheitsstrategische Priorität einzuräumen, da dieser in seiner gegenwärtigen Form nicht die vitalen Sicherheitsinteressen der USA bedroht. Gemeinsam mit den dargelegten seit Jahrzehnten immer vehementer werdenden Forderungen nach einer größeren geostrategischen Verantwortungsübernahme der europäischen Regionalmächte und insbesondere Deutschlands lässt sich daher ein kohärentes Bild US-amerikanischer strategischer Denk- und Handlungsmuster skizzieren.

Im Folgenden werden diese identifizierten Handlungsmuster im Kontext des Ukrainekrieges durch praktische Beispiele belegt. Als analytischer Untersuchungsgegenstand bietet sich dieser Konflikt für eine deutsche Perspektive in besonderer Weise an. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist mit einem Konflikt zweier souveräner Staaten auf europäischem Boden Deutschlands zentrales sicherheitsstrategisches Ziel seit der Gründung der Bundesrepublik, eine friedliche Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent, bedroht.<sup>74</sup> Bezugnehmend auf das sich seit dem Ende des Kalten Krieges rapide gewandelte strategische Akteursverhalten der USA erscheint die genaue Betrachtung des Verhaltens der historisch gewachsenen Schutzmacht Deutschlands in einem Konflikt, der die Grundfeste des deutschen Sicherheitsempfindens erschütterte, unabdingbar.

## 4 Das Verhalten der USA als strategischer Akteur in der Ukraine verstehen

Die USA verfolgen im Kontext des Ukrainekrieges drei Ziele, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Veränderungen ihrer sicherheits- und außenpolitischen Schwerpunktsetzung stehen:

- Die Verhinderung eines russischen militärischen Sieges als Absage an die Schaffung eines geostrategischen Präzedenzfalles für China, insbesondere in Bezug auf Taiwan.
- Die Vermeidung einer geographischen oder nuklearen Eskalation des Krieges.
- Die verstärkte Einbindung der europäischen Verbündeten in die Sicherheitsarchitektur der NATO einschließlich der Verantwortungsübernahme für den europäischen Kontinent.

Wie diese strategischen Ziele im Kontext des Ukrainekrieges umgesetzt werden, lässt sich durch die Illustrierung des Einsatzes der US-amerikanischen strategischen Ressourcen im Ukrainekrieg überblicken. Zu diesem Zweck erfolgt eine Unterteilung in das Engagement auf der Ebene von Diplomatie und dem öffentlichen Informationsraum einerseits und der militärisch-ökonomischen Dimension andererseits.

---

<sup>73</sup> Vgl.: Dueck 2023: 5; Schaller 2019: 31.

<sup>74</sup> Vgl.: Die Bundesregierung 2023: 11 f.



#### 4.1 Eine diplomatische Gratwanderung

Die diplomatisch-strategische Kommunikation illustriert das Wesen der gegenwärtigen US-amerikanischen strategischen Kultur, den Erhalt der Stellung als Hegemonialmacht in einer von Rivalitäten geprägten Sicherheitsarchitektur, in besonderem Maße. Zunehmend aggressiver werdende diplomatische und öffentlichkeitswirksame russische Rhetorik gegenüber der Ukraine und der russische Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze ab dem Frühjahr 2021 veranlassten die USA, zunächst diplomatischen Druck auf Russland auszuüben. Im Falle eines Einmarsches garantierten US-Diplomaten ihren russischen Kollegen umfassende Sanktionen gegen Russland.<sup>75</sup> Nach erfolglosen Bemühungen wurde der Sachverhalt bis in die höchsten US-amerikanischen diplomatischen Führungsebenen und letztlich zum Präsidenten administriert. Im April und Juni 2021 versuchte Biden bei bilateralen Gesprächen mit Putin einerseits eine Deeskalation herbeizuführen und unterstrich andererseits öffentlichkeitswirksam den US-amerikanischen Beistand zur Ukraine für den Erhalt ihrer Souveränität und territorialen Integrität.<sup>76</sup> Noch bis kurz vor Beginn der Vollinvasion, zum Beispiel am 10. Januar 2022 in Genf, intensivierten US-Diplomaten bilaterale Gespräche, in denen sie durch Zugeständnisse, wie etwa den Abzug von US-amerikanischen Marschflugkörpern aus Rumänien und Polen, den sich anbahnenden Krieg zu verhindern suchten.<sup>77</sup> Derartige Bemühungen vergegenwärtigen eindrucksvoll, wie wenig Interesse seitens der USA an der Hinterfragung der bestehenden globalen Sicherheitsarchitektur durch Regionalmächte wie Russland besteht. Gleichsam wird ersichtlich, dass diplomatische Sanktionsandrohungen, ein in der Vergangenheit oftmals probates Mittel zur Durchsetzung sicherheitsstrategischer Interessen, bei fundamentalen Infragestellungen der bestehenden Ordnung nur eine bedingte präventive Wirksamkeit zu entfalten schienen.<sup>78</sup>

Seit Beginn der russischen Vollinvasion betonte der US-amerikanische Präsident Joe Biden die nachhaltige und zeitlich unbegrenzte Unterstützung der USA zugunsten der Ukraine, zuletzt beim NATO-Gipfel in Vilnius: „*Our commitment to Ukraine will not weaken. We will stand for liberty and freedom today, tomorrow, and for as long as it takes.*“<sup>79</sup> Zudem unterstrich er, dass einzig die Ukraine über den Zeitpunkt und die Art einer Beendigung des Konfliktes mit Russland bestimme.<sup>80</sup> Trotz ihrer schon fast ein Jahr vor der russischen Vollinvasion begonnenen intensivierten diplomatischen Bemühungen zur Verhinderung eines Krieges agieren die USA auf der diplomatischen Bühne gegenwärtig auffallend abwägend, zuweilen sogar zurückhaltend, wenn die Benennung konkreter diplomatischer Zugeständnisse seitens der Ukraine eingefordert werden.<sup>81</sup> Als jüngstes Beispiel dieses diplomatischen Akteursverhaltens ist die Absage Bidens an eine zeitnahe Beitrittsperspektive der Ukraine in die NATO beim NATO-Gipfel in Vilnius zu nennen.<sup>82</sup> Die USA bewegen sich seit Beginn der zunehmenden russischen Aggressionen gegenüber der Ukraine im April 2021 auf einer

<sup>75</sup> Vgl.: Bugayova et al. 2023: 7; Schimmelpfennig 2023: 1 f.

<sup>76</sup> Vgl.: The White House 2021.

<sup>77</sup> Vgl.: Bugayova et al. 2023: 7.

<sup>78</sup> Vgl.: Klein/Schreiber 2022: 3

<sup>79</sup> The White House 2023b.

<sup>80</sup> Vgl.: Rudolf 2022: 1 f.

<sup>81</sup> Vgl.: Fischer 2023: 8.

<sup>82</sup> Vgl.: Borchard 2023.

Gratwanderung zwischen den diplomatischen Bemühungen zum Erhalt der Ukraine als souveräner Staat einerseits und der Vermeidung einer Konflikteskalation andererseits.<sup>83</sup>

Diese wird auch in den in der US-amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie aufgeführten *most dangerous*-Szenarien für den Ukrainekrieg ersichtlich: Zum einen die Eskalation des Konfliktes bis hin zum Gebrauch von Nuklearwaffen und zum anderen die Zerstörung der Ukraine als souveräner Staat.<sup>84</sup> Die eindeutige diplomatische Parteinahme zugunsten der Ukraine ist im Zusammenhang mit der geostrategischen Schwerpunktsetzung seit 2014 nicht nur ein Signal an Russland, sondern vor allem an China, dass eine militärische Aggression kein „kostengünstiges“ strategisches Mittel zum Ausbau geopolitischer Macht sein wird und nicht als Blaupause für einen militärischen Machtkampf im Indopazifik, und vor allem der militärischen Einnahme Taiwans, dienen kann.<sup>85</sup>

Eine Eskalation des Konfliktes auf NATO-Territorium und/oder der Einsatz russischer Nuklearwaffen würde aus U.S.-amerikanischer Sicht eine erheblich größere Einbindung strategischer Ressourcen in den derzeitigen Regionalkonflikt bis hin zu einem militärischen Beistand gemäß des NATO-Bündnisfalles nach sich ziehen. Russlands Absage an die Fortsetzung von Rüstungskontrollverträgen, regelmäßige nukleare Drohungen seitens des russischen Präsidenten gegenüber dem Westen<sup>86</sup> sowie Aussagen führender russischer politischer Vertreter, das Land befände sich de facto im Krieg mit den westlichen Nuklearmächten, lassen die USA mit äußerster diplomatischer Sorgfalt agieren.<sup>87</sup> Im Falle einer Eskalation des Konfliktes, sei es bei einem Angriff auf NATO-Territorium oder dem Gebrauch von Nuklearwaffen, wären die USA zum Eingreifen gezwungen, um eine glaubwürdige strategische Abschreckung gegenüber China aufrechtzuerhalten.<sup>88</sup> Neben den verheerenden Folgen für Europa würde eine derartige strategische Einbindung der USA in einem Konflikt mit Russland nahezu zwangsweise einen Machtverlust im Indopazifik gegenüber China nach sich ziehen, da in Anbetracht der limitierten europäischen militärischen Fähigkeiten eine umfassende Bindung US-amerikanischer Fähigkeiten in Europa von Nöten sein würde. Die USA sind sich der Gefahr der russischen Eskalationspotenziale und vor allem deren Folgen für ihre geostrategischen Ziele bewusst und skalieren ihre diplomatischen Bemühungen, wie auch Art und Umfang ihrer Unterstützungsleistungen für die Ukraine entsprechend.<sup>89</sup>

Auf der diplomatischen Bühne verhält sich China zwar weitestgehend zurückhaltend, aber keineswegs neutral. Unter anderem bleibt China eine öffentliche Verurteilung Russlands Angriff auf die Ukraine schuldig und bezieht damit Stellung gegen die US-amerikanische Haltung.<sup>90</sup> Wenngleich die Volksrepublik ein Bekenntnis zur generellen territorialen Integrität ablegte und die russischen Drohungen des Einsatzes von Nuklearwaffen kritisierte, ist die chinesische Position damit wesentlich dichter an der russischen als an der ukrainischen Seite.<sup>91</sup> Dennoch bedeutet eine zu enge und vor allem

<sup>83</sup> Vgl.: Rudolf 2022: 1.

<sup>84</sup> Vgl.: Charap/Priebe 2023: 11; The White House 2022a: 26.

<sup>85</sup> Vgl.: Huxley 2023.

<sup>86</sup> Vgl.: Charap/Priebe 2023: 3.

<sup>87</sup> Vgl.: Albertson/Sokov 2023: 15.

<sup>88</sup> Vgl.: Babst 2023: 22 f.; Schimmelpfennig 2023: 3.

<sup>89</sup> Vgl.: Frederick et al. 2023: 2.

<sup>90</sup> Vgl.: Maull et al. 2023: 24.

<sup>91</sup> Vgl.: Fischer 2023: 6.

offensichtliche Unterstützung Russlands, insbesondere bei einer Niederlage, einen diplomatischen Gesichtungsverlust, verbunden mit erheblichen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Schäden. Eine Annäherung an die westliche Position ist indes ebenfalls unwahrscheinlich, weil der Konflikt nicht nur ein Anschauungsobjekt für die westliche sicherheitsstrategische Handlungsfähigkeit ist, sondern auch den diplomatischen Handlungsspielraum für China vergrößert.<sup>92</sup> Trotz seiner vermeintlichen Zurückhaltung schlägt China diplomatisches Kapital aus dem Konflikt, indem es seine vorgetäuschte Neutralität als geopolitisches Faustpfand für die Rivalität im Indopazifik einsetzt. China betont, einzig und allein eine militärische Unterstützung der USA von Taiwans Unabhängigkeitsbestrebungen würden zu einer umfassenden Unterstützung Russlands seitens der Volksrepublik führen.<sup>93</sup> Zudem versucht sich China verstärkt als globaler Friedensvermittler, so auch im Russland-Ukraine-Krieg. Ohne einen Zweifel an der grundlegenden pro-russischen Haltung aufkommen zu lassen, beteiligte sich China im August 2023 am Dschidda-Treffen in Saudi-Arabien, bei welchem ein vom ukrainischen Präsidenten Selensky vorgeschlagener Friedensplan diskutiert wurde.<sup>94</sup>

Neben der Vermeidung dieser beiden aus US-amerikanischer Sicht gefährlichsten Szenarien im strategischen Vorausblick, die den Kern der US-amerikanischen strategischen Kultur gefährden, liegt eine zweite diplomatisch-strategische Operationslinie der USA in Anbetracht der Unwahrscheinlichkeit kurz- und mittelfristiger diplomatischer Lösungen in der möglichst umfangreichen Verpflichtung der europäischen Staaten für eine langfristige Unterstützung der Ukraine. Gegenwärtig scheint keine Chance für einen Waffenstillstand in Aussicht zu stehen, welcher sowohl von Russland als auch der Ukraine akzeptiert werden würde oder gar eine nachhaltige Beilegung des Konflikts nach sich ziehen würde.<sup>95</sup> Russland setzt in diesem Konflikt auf Zeit. Um sein strategisches Ziel, die Vernichtung der Ukraine als Staat, zu erreichen, richtet Putin sein Land auf einen langen Krieg ein, in welchem die Unterstützungsleistungen des Westens abnehmen und letztlich die immer schwächer werdende Ukraine militärisch besiegt werden könne.<sup>96</sup>

Die USA üben daher insbesondere auf ihre europäischen Verbündeten diplomatischen Druck aus, um der Ukraine langfristig strategische Ressourcen wie Geldmittel und militärische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen und gleichsam die eigene Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen.<sup>97</sup> Die intensivierte Nachfrage nach der Einhaltung des auf dem NATO-Gipfel von 2014 vereinbarten Zwei-Prozent-Ziels ist nur ein Schlaglicht dieser öffentlichen Bemühungen.<sup>98</sup> Vor dem Hintergrund ihrer nunmehr fast ein Jahrzehnt andauernden Fokussierung auf den Indopazifik haben die USA ein substantielles Interesse daran, dass ihre europäischen Verbündeten geostrategische Verantwortung vor „ihrer eigenen Haustür“ übernehmen. Aus diplomatischer Sicht gibt es keine absehbare Lösung für den Konflikt, solange keine der beiden Kriegsparteien von ihren absoluten Verhandlungspositionen abrückt oder militärisch besiegt wird. Insbesondere US-

---

**92** Vgl.: Maull et al. 2023: 40.

**93** Vgl.: Maull et al. 2023: 34.

**94** Vgl.: Fischer 2023: 5 f.

**95** Vgl.: Heuser 2023b: 42.

**96** Vgl.: Fischer 2023 : 7.

**97** Vgl.: Raine 2023.

**98** Vgl.: Saxi: 2020: 402 f.

amerikanische Strategen zweifeln zudem selbst bei einem Friedensschluss an, dass Russland perspektivisch seine imperialistischen Tendenzen aufgeben wird.<sup>99</sup>

## 4.2 Bedingungsloser Unterstützer?

Im Kontext von Waffenlieferungen und anderen Unterstützungsleistungen zeichnet sich ein kohärentes Bild zum diplomatischen Akteursverhalten der USA ab. Die US-Regierung betont in aller Regelmäßigkeit den Umfang der Unterstützungsleistungen, insbesondere bei der zur Verfügungstellung militärischer Kapazitäten.<sup>100</sup> Bei einer detaillierten Betrachtung der erbrachten Unterstützungsleistungen für die Ukraine wird jedoch ersichtlich, dass in Bezug auf die absoluten Zahlen zwar die meisten, insbesondere die militärischen, Hilfeleistungen aus den USA stammen (Deutschland folgt auf Platz zwei). Jedoch fallen die Ausgaben zur Unterstützung der Ukraine, gemessen an der finanziellen Potenz, der USA mit nur 0,33 Prozent des jährlichen BIP äußerst gering aus. Die USA belegen, gemessen an ihrem BIP, nur Platz 16 der größten Unterstützerländer der Ukraine. Mit Ausnahme von Rumänien und Ungarn stellen sämtliche osteuropäischen, baltischen und skandinavischen Länder einen teilweise fünfmal so hohen Anteil ihres BIP für militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützungsleistungen zur Verfügung wie die USA. Auch Deutschland (0,542 Prozent) und Großbritannien (0,486 Prozent) unterstützen die Ukraine nur geringfügig mehr und orientieren sich auffallend eng an den USA. Frankreich und der europäische Süden hingegen scheinen keine Notwendigkeit der substanziellen Unterstützung der Ukraine zu erkennen (Frankreich 0,063 Prozent, Spanien 0,070 Prozent, Portugal 0,146 Prozent, Italien 0,068 Prozent).<sup>101</sup>

Zwar waren die US-amerikanischen Waffenlieferungen von militärischem Gerät insbesondere zu Beginn des Krieges überlebenswichtig für den ukrainischen Staat, jedoch fallen diese in Relation zu den praktisch verfügbaren Kapazitäten der USA sehr gering aus. Dass die USA bei der Identifizierung eines entsprechenden strategischen Ziels zu weitaus umfangreicheren Militärausgaben bereit und in der Lage sind, haben unter anderem die jüngsten Konflikte im Irak und Afghanistan offengelegt.<sup>102</sup>

Die Bilanz der US-amerikanischen Waffenlieferungen, die nicht nur den Erhalt, sondern auch einen militärischen Sieg der Ukraine ermöglichen würden, bleibt weit unterhalb der US-amerikanischen Möglichkeiten. Zu nennen sind hier neben den geringen Lieferumfängen an Kampf- und Schützenpanzern, sowie Deep-Strike-Kapazitäten (HIMARS) die pauschale Absage an die Lieferung von Kampfflugzeugen wie der F16 und die geringen Lieferumfänge von mobiler Flugabwehr und Pioniergerät. All diese militärischen Fähigkeiten entfalten ihren größten Einsatzwert im Verbund, also in der sogenannten Multi-Domain-Operation, die von US-amerikanischen Kritikern an der ukrainischen Gegenoffensive so vehement eingefordert wurde.<sup>103</sup>

Häufig unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang, dass die Voraussetzungen für die Durchführung dieser Art von militärischer Operationsführung im US-

<sup>99</sup> Vgl.: Raine 2023.

<sup>100</sup> Vgl.: The White House 2023a.

<sup>101</sup> Vgl.: Kieler Institut für Weltwirtschaft 2023. Die Zahlen sind seit Dezember 2023 nahezu unverändert geblieben.

<sup>102</sup> Beispielsweise gaben die USA im Jahr 2011 mit 0,68 % mehr als den doppelt so großen Anteil ihres BIP für den Konflikt in Afghanistan aus. Vgl.: McCarthy 2019.

<sup>103</sup> Vgl.: Bugayova 2023: 2 f.

amerikanischen Verständnis sowohl in Art als auch Umfang der Waffenlieferungen zu keinem Zeitpunkt gegeben waren.<sup>104</sup> Besonders eindrücklich trat diese widersprüchliche Haltung im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der ukrainischen Gegenoffensive hervor, die im Frühsommer 2023 begann. Um eine solche Militäroperation zum Erfolg zu führen, benötigte die ukrainische Armee 300 Kampfpanzer, 600 bis 700 Schützenpanzer und 500 Artilleriesysteme von den Unterstützerländern, so der ukrainische Generalstabschef Saluschnyj in einem Interview im Dezember 2022.<sup>105</sup> Hinter diesen Forderungen blieb die *Coalition of the Willing* klar zurück und lieferte lediglich ein Drittel der geforderten Systeme.<sup>106</sup>

Dass vor allem die USA gemessen an ihren Möglichkeiten nur wenig militärisches Großgerät an die Ukraine abgaben, zeigen mehrere Beispiele: Bis dato haben die USA lediglich 31<sup>107</sup> ihrer in aktiven Beständen geführten 2.645<sup>108</sup> Abrams Kampfpanzer in die Ukraine geliefert, die jedoch für die ukrainische Gegenoffensive im Frühsommer 2023 noch nicht zur Verfügung standen. Von den 2.500<sup>109</sup> aktiven M2 und M3 Bradley-Schützenpanzern wurden bisher 109<sup>110</sup> an die Ukraine ausgeliefert. Von hocheffizienten und von der Ukraine mehrfach geforderten<sup>111</sup> High Mobile Artillery Rocket Systems (HIMARS) wurden von 410 verfügbaren Systemen lediglich 20 übergeben und 18 weitere in Aussicht gestellt.<sup>112</sup>

Zweifelsohne wären die USA in der Lage, weitaus mehr Kampf- und Schützenpanzer in die Ukraine zu liefern. Im Vergleich zu allen europäischen Staaten erfordert eine Lieferung dieser Systeme keine langjährige Nachbestellung aus der Industrie, da beide Panzertypen als strategische Depotreserven zu tausenden zur Verfügung stehen.<sup>113</sup> Die 31 nach fast einem Jahr Lieferzeit in der Ukraine angekommenen Systeme sind als ein diplomatischer Kunstgriff zu deuten, um Deutschland zur Lieferung und Freigabe der Leopard-Kampfpanzer zu bewegen. Zumindest von Seiten der US-Amerikaner wurde im Januar 2023 verlautbart, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die Freigabe zur Lieferung der deutschen Leopard-Panzer an die Lieferung der US-amerikanischen Abrams geknüpft hatte.<sup>114</sup> Mit der Zusage der Lieferung von lediglich 0,01 Prozent ihrer Kampfpanzerbestände konnten die USA erreichen, dass die europäischen Nutzerstaaten des Leopard-Kampfpanzers ihre Verweigerungshaltung nicht mehr mit dem Lieferverhalten der USA begründen konnten. Damit wurde sichergestellt, dass Deutschland und auch andere europäische Staaten verstärkt Verantwortung für diesen Krieg in Europa übernehmen *mussten*. Ähnliche Abhängigkeitsverhältnisse ließen sich bereits bei der Zusage zur Lieferung von Schützenpanzern beobachten.

<sup>104</sup> Vgl.: Remmel 2023.

<sup>105</sup> The Economist 2022.

<sup>106</sup> Vgl.: Remmel 2023.

<sup>107</sup> Vgl.: The Department of Defense 2023.

<sup>108</sup> Vgl.: International Institute for Strategic Studies 2023: 37.

<sup>109</sup> Vgl.: International Institute for Strategic Studies 2023: 37.

<sup>110</sup> Vgl.: Department of Defense 2023.

<sup>111</sup> Vgl.: Gady/Kofman 2023: 8.

<sup>112</sup> Vgl.: Peck 2022.

<sup>113</sup> Vgl.: International Institute for Strategic Studies 2023: 37. 2.000 Kampfpanzer des Typs Abrams und 2.000 Schützenpanzer des Typs Bradley.

<sup>114</sup> Vgl. u. a.: von Marschall 2023; Schulz 2023; von der Burchard et al. 2023.

Die HIMARS-Systeme hingegen nehmen eine elementare Rolle in nahezu allen Konfliktszenarien im Indopazifik ein und werden in der US-amerikanischen Rüstungsindustrie nur in geringen Stückzahlen (20 im Jahr 2022) produziert.<sup>115</sup> Trotz gesteigerter Produktionskapazitäten wird am Beispiel des HIMARS deutlich, dass die USA eine klare Priorisierung der Verteilung ihrer strategischen Ressourcen vornehmen und die HIMARS für eine potenzielle militärische Auseinandersetzung mit China im Indopazifik vorhalten.

Doch damit nicht genug: Der in der russischen Militärdoktrin extrem bedeutsame Einsatz von Artillerie wird in dessen Quantität vor dem Hintergrund der vermuteten Produktionskapazitäten und trotz ausländischer Unterstützung nicht mehr den Stand der ersten Kriegsmonate erreichen können. Während im Jahr 2022 noch 12 Millionen russische Artilleriegranaten verschossen werden konnten, sank die Zahl im Jahr 2023 auf circa sieben Millionen, bei einer derzeitig vermuteten jährlichen Produktionsrate von zweieinhalb Millionen.<sup>116</sup> Daher könnte die für die ukrainische Abnutzungsstrategie, aber auch für zukünftige Offensiven so dringend benötigte Angleichung der Feuerraten mit Distanzwaffen gegenwärtig mit einer wesentlich geringeren Ressourcenaufwendung geschaffen werden als zu Beginn des Krieges. Als einziges Unterstützerland müssen die USA keine Munitionsengpässe bei in großen Mengen von den ukrainischen Streitkräften verschossenen 155mm-Artilleriegranaten fürchten und verfügen im Gegensatz zu den europäischen Unterstützerstaaten über signifikante strategische Munitionsreserven.<sup>117</sup>

Der im Vergleich zu den praktisch verfügbaren militärischen Kapazitäten geringe Umfang an Unterstützungsleistungen vergegenwärtigt die US-amerikanische Verweigerungshaltung, Waffen in der Art und/oder dem Umfang zu liefern, mit denen die Ukraine den Krieg militärisch zu ihren Gunsten entscheiden könnte.<sup>118</sup> Eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen dem Westen und Russland scheint auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, sodass Europa unabhängig vom Ausgang des Krieges in der Ukraine eine glaubwürdige militärische Abschreckung etablieren muss. Der veränderten US-amerikanischen Denkweise im Kontext globaler Sicherheit folgend liegt die Verantwortung über die Sicherheitsarchitektur in Europa bei den europäischen Staaten selbst.<sup>119</sup>

Die militärische Unterstützung der USA ist daher kohärent zu den Zielen, die sie im Russland-Ukraine-Krieg verfolgen: Es werden genug Waffen geliefert, um Russland nicht militärisch siegen zu lassen, aber zu wenige, um Russland zu einer (nuklearen) Eskalation des Konfliktes zu provozieren. Zudem rekurrieren Art, Umfang und Zeitpunkt der Zusagen von Waffenlieferungen auf den Willen der USA, den europäischen Staaten mehr regionale Verantwortung zuzuschreiben.

---

<sup>115</sup> Vgl.: Cancian 2023.

<sup>116</sup> Vgl.: Watling/Reynolds 2023: 11 f.

<sup>117</sup> Vgl.: Gady/Kofman 2023: 14 f.

<sup>118</sup> Vgl.: Remmel 2023: 6.

<sup>119</sup> Vgl.: Heuser 2023b: 48 f.; Saxi 2020: 402 f.



### 4.3 Welche strategischen Ziele können die USA im Ukrainekrieg erreichen?

Um zu verstehen, warum die USA ihre strategischen Ressourcen zur Unterstützung der Ukraine weit unterhalb ihrer Möglichkeiten zur Verfügung stellen, bedarf es eines Rückbezuges auf die US-amerikanische geostrategische Schwerpunktverlagerung. Die USA sehen den Russland-Ukraine-Konflikt rekurrierend auf die geostrategische Rivalität mit China als zweitrangig und perspektivisch als europäisches Problem an.

Bestätigung findet diese Ausrichtung durch das chinesische Verhalten, welches auf ersten Ableitungen aus dem Konflikt beruht: Die Volksrepublik intensiviert gegenwärtig ihre Suche nach Wegen, ihre Absatzmärkte und Importquellen zu diversifizieren, um ihre finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber der westlichen Hemisphäre zu verringern. Hierdurch erhofft sich China im Falle einer sich zuspitzenden Rivalität im Indopazifik weniger stark von potenziellen westlichen Sanktionen betroffen zu sein als gegenwärtig Russland im Ukrainekrieg.<sup>120</sup> China scheint daher zwar kurzfristig abgeschreckt, entwickelt aber Strategien, um Risiken bei einer Konflikteskalation mit den USA zu vermeiden. Zudem wird am Beispiel des chinesischen Engagements auf diplomatischer Bühne deutlich, dass die Volksrepublik einen Mitgestaltungsanspruch in geostrategischen Sicherheitsfragen entwickelt hat. All diese Tendenzen sind keineswegs ausschließlich auf den Russland-Ukraine-Krieg zurückzuführen, wirken aber einerseits als Katalysatoren für die chinesischen Zielsetzungen und andererseits als Bestätigung US-amerikanischer strategischer Denk- und Handlungsmuster seit 2014. Die USA werden daher mittel- und auch langfristig ihre 2011 beziehungsweise 2014 initiierte strategische Schwerpunktverlagerung konsolidieren und im Sinne ihrer strategischen Kultur versuchen, Chinas globalen Einfluss auf US-amerikanische Interessenssphären zu beschränken.<sup>121</sup>

Es wird deutlich, dass die USA keine bedingungslosen Unterstützer für eine siegreiche Ukraine sind. Die Biden-Administration analysiert den Konflikt in einem geostrategischen Gesamtkontext, gleicht die beobachteten Entwicklungslinien mit ihren aus der 2014 gewandelten strategischen Orientierung abgeleiteten Zielen ab und richtet Art und Umfang der strategischen Ressourcenaufwendung auf die Erreichung dieser Ziele aus. Russland wird den geostrategischen Hegemonialstatus der USA nicht herausfordern können, jedoch zur Schwächung der USA beitragen, sollte der Konflikt eskalieren oder Russland triumphieren. Zweifelsohne wären die USA in der Lage dazu, Russlands Infragestellung der europäischen Sicherheitsarchitektur zu begegnen. Jedoch würde dies ein verstärktes Engagement auf dem europäischen Kontinent bedeuten, solange Europa nicht selbst in der Lage oder gewillt ist, für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Dass die drei größten Volkswirtschaften Europas mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien, beide letztgenannten zudem Nuklearmächte, ein vergleichbares oder sogar geringeres Engagement in der Unterstützung der Ukraine im Vergleich zu den USA aufweisen, bestätigt die US-Administration in ihren gegenwärtigen Überlegungen und befeuert kritische Stimmen innerhalb des Landes. Innenpolitisch entfernt sich der Diskurs in den USA um die Unterstützungsleistungen von einem „all in“-Szenario hin zu lauter werdenden Stimmen der Beendigung der Unterstützungsleistungen. Jüngste Auswirkungen

<sup>120</sup> Vgl.: Maull et al. 2023: 38.

<sup>121</sup> Vgl.: Maull et al. 2023: 43.

dieser Tendenzen sind in der Blockade weiterer Finanzhilfen durch den US-Senat zu beobachten.<sup>122</sup>

Das gegenwärtige strategische Akteursverhalten und die Ressourcenaufwendung der USA verfolgen einerseits das Ziel, die beiden für die US-amerikanische geostrategische Ausrichtung gefährlichsten Endscenarien im Russland-Ukraine-Krieg zu verhindern und andererseits in Ermangelung von Friedensperspektiven im Ukrainekrieg die Hauptverantwortung zum Erhalt der europäischen Sicherheitsarchitektur auf ihre europäischen Verbündeten zu übertragen. Hiermit schaffen sich die USA ausreichend strategischen Handlungsspielraum, um ihren Fokus auf die systemische Rivalität zu China mit ausreichend diplomatischen, militärischen und ökonomischen Ressourcen hinterlegen zu können.

#### 4.4 Zwischenfazit – Ende einer Ära

In den vorliegenden Ausführungen ist deutlich geworden, dass das US-amerikanische strategische Akteursverhalten im Kontext des Ukrainekrieges erst durch die Vergegenwärtigung einer sich spätestens seit 2014 vollzogenen geostrategischen Schwerpunktverlagerung, abgeleitet aus ihrer strategischen Kultur, verstanden werden kann. Es gilt zunächst zu begreifen, dass die US-amerikanischen Werte, Normen und historischen Narrative, der Kern ihrer strategischen Kultur, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Legitimierung für den Einsatz strategischer Ressourcen zum Erhalt ihrer Vormachtstellung dienen. Durch die Gefährdung selbiger im indopazifischen Raum, vor allem durch China, endet für Deutschland eine Ära, in der sich sicherheitsstrategische Partikularinteressen deckungsgleich zu denen der US-amerikanischen Verbündeten verhielten.

Im Kalten Krieg konnte der Erhalt der geostrategischen Vormachtstellung der USA gegenüber der Sowjetunion für die Bundesrepublik als strategische Orientierung adaptiert werden, weil dadurch vitale Sicherheitsinteressen gewahrt werden konnten. Gleichsam lag der US-amerikanische geostrategische Schwerpunkt nicht etwa in Europa, um die Bundesrepublik als souveränen Staat zu erhalten, sondern um eine glaubhafte Abschreckung gegenüber der Sowjetunion zu gewährleisten. Wenngleich aus unterschiedlichen Beweggründen abgeleitet, war eine strategische Anlehnung der Bundesrepublik an den USA daher folgerichtig.

Deutschland konnte sich somit knapp ein halbes Jahrhundert auf die US-amerikanische Sicherheitsstrategie in einer bipolaren Weltordnung abstützen. Trotz der immer nachdrücklicher vorgetragenen Forderungen von Verbündeten Deutschlands, allen voran den USA, genügte es für Deutschland bis spät in das 20. Jahrhundert hinein vornehmlich als Zivilmacht aufzutreten. Die Entscheidung kurz vor der Jahrtausendwende, sich militärisch an „out of area“-Einsätzen zu beteiligen, folgte dem Rational, Bündnisloyalität vor allem gegenüber den USA zu signalisieren. Zahlreiche Argumentationsmuster für die militärische Zurückhaltung Deutschlands, wie etwa die historische Schuld des Zweiten Weltkrieges, haben unverändert Bestand und führten nicht zuletzt dazu, dass Deutschland trotz einer in den vergangenen drei Jahrzehnten zugenommenen militärischen Beteiligung an Glaubwürdigkeit verloren hat.

---

<sup>122</sup> Vgl.: Utz 2023.



Nunmehr ist die Bundesrepublik Deutschland jedoch erstmals seit ihrer Gründung mit einem konventionellen Krieg zweier souveräner Staaten konfrontiert, welcher die vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands bedroht und gleichsam nicht von ihrer geostrategischen Schutzmacht USA mit oberster Priorität behandelt wird. Die aus US-amerikanischer Sicht logische Konsequenz aus der spätestens seit dem NATO-Gipfel in Wales von den USA an Deutschland adressierten und weitestgehend ignorierten Forderung nach dem Ende der militärischen Zurückhaltung Deutschlands und einer strategischen Verantwortungsübernahme in Europa wird seit dem Beginn der russischen Vollinvasion deutlich. Die US-amerikanische Gratwanderung aus einer Unterstützung der Ukraine einerseits und der Verhinderung einer Konflikteskalation andererseits hat zur Folge, dass der Konflikt militärisch kurz- und mittelfristig unter Beibehaltung des Verhaltens aller beteiligten Akteure nicht entschieden werden wird, aber einen russischen Sieg langfristig wahrscheinlich macht.<sup>123</sup> Vor dem Hintergrund der in den USA verstärkt auftretenden Debatten um eine Neujustierung der Verhältnisse zu seinen Verbündeten ist eine ergebnisoffene Diskussion über das gegenwärtige deutsch-US-amerikanische Verhältnis unausweichlich.<sup>124</sup>

## 5 Folgerungen für die Debatte um die Weiterentwicklung der strategischen Kultur in Deutschland

Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse können drei Vorschläge für sicherheitsstrategische Ableitungen aufgeführt werden, die bei der Debatte um die Weiterentwicklung der strategischen Kultur in Deutschland berücksichtigt werden sollten. Diese sind nicht als Lösungsansätze oder unverrückbare Dogmen zu verstehen, sondern vielmehr als Perspektiven und mögliche Handlungsoptionen, deren Einbeziehung im Zuge einer strategischen Voraussicht lohnenswert erscheinen.

*Erstens:* Deutsche politische Entscheidungsträger, aber auch deren Berater und die breite Gesellschaft müssen verstehen, dass die sicherheitsstrategische Anlehnung an die USA nicht mehr anhand der Parameter des Kalten Krieges und des Global War on Terror begründet werden kann. Die USA haben 2014 auf die zunehmende Infragestellung der regelbasierten Weltordnung reagiert und auf Grundlage ihrer strategischen Denk- und Handlungsmuster kohärente, aber gewandelte Sicherheitsinteressen abgeleitet. Deutschland hat mit fast zehn Jahren Verzögerung durch die NSS einen vergleichbaren Prozess angestoßen, in dieser jedoch das deutsch-US-amerikanische sicherheitsstrategische Verhältnis weder justiert noch hinterfragt. Das pauschale Tragen der finanziellen und militärischen Hauptlast zur Durchsetzung europäischer und nordamerikanischer Bündnisinteressen läuft der gewandelten US-amerikanischen strategischen Schwerpunktverlagerung und letztlich auch ihrer strategischen Kultur entgegen. Immer lautere politische Stimmen in den USA fordern daher eine weitere Intensivierung und eine noch radikalere Ausrichtung der 2014 etablierten Neufokussierung auf den indopazifischen Raum. Die Probleme des gegenwärtigen Präsidenten Biden, die Unterstützungsleistungen für die Ukraine aufrechtzuerhalten, sind dabei nur das jüngste Beispiel dieser

<sup>123</sup> Reisner 2023: 5.

<sup>124</sup> Sullivan 2023: 11.

Tendenzen.<sup>125</sup> Zudem mehren sich die Bedenken innerhalb der USA, ob das politisch tief gesplante Land aufgrund innenpolitischer Herausforderungen auch zukünftig in der Lage sein wird, in multiplen Konflikten seine geostrategischen Ziele und Interessen durchzusetzen.<sup>126</sup> Deutschland muss diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen und sollte eine strategische – und nicht bedingungslose – Partnerschaft zu den USA auf Grundlage von Gemeinsamkeiten und Unterschieden von strategischen Zielen entwickeln.

*Zweitens:* Deutschland muss, unabhängig vom Verhältnis zu den USA, sicherheitsstrategische Verantwortung in Europa übernehmen. Ein zur militärischen und nuklearen Abschreckung befähigtes und mit einer nachhaltigen Unterstützungsstrategie für die Ukraine versehenes Europa dient als Grundlage für eine stabile Sicherheitsarchitektur auf dem Kontinent, auch ohne die USA. Zudem führt dieser Zustand zu einer militärischen, ökonomischen und diplomatischen Entlastung der USA im Russland-Ukraine-Krieg, aber auch in zukünftigen Konflikten in Europa und dessen Peripherie. Somit können die Vereinigten Staaten von Amerika ihre vitalen geostrategischen Interessen im Indopazifik durchsetzen und damit auch deutsche Sicherheitsinteressen bedienen. Würde ein autokratisches System wie China die Handelswege, Absatzmärkte und Technologiezentren im Indopazifik kontrollieren, hätte dies massive negative Auswirkungen auf die vom freien Handel abhängige deutsche Wirtschaft. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass China nach der Durchsetzung einer etwaigen geostrategischen Dominanz in dieser Region seine Expansion zu beenden gedenken würde.<sup>127</sup> Da Deutschland mit seinen militärischen Fähigkeiten nicht in der Lage ist, einen Konflikt gegen China im Indopazifik auszutragen, aber von einer Beibehaltung der derzeitigen Ordnung in der Region abhängig ist, wäre eine Entsprechung der US-amerikanischen Forderungen nach einem verstärkten deutschen sicherheitspolitischen Engagement in Osteuropa mit dem Ziel der Entlastung der USA im Interesse der Bundesrepublik selbst. Will Deutschland als verlässlicher sicherheitsstrategischer Partner der USA auftreten, muss es eine Vorreiterrolle bei der Implementierung einer europäischen Sicherheitsarchitektur *durch* die Europäer einnehmen. Großbritannien und Frankreich als europäische Nuklearmächte sowie Polen mit der bald größten konventionellen Armee in Europa scheinen naheliegende Partner für solche Bemühungen zu sein, auch wenn dieses Unterfangen vor allem bei Frankreich erhöhter diplomatischer Anstrengungen bedarf. Dies zeigt nicht zuletzt die auffallende Zurückhaltung der Unterstützung für die Ukraine deutlich.

Auch wenn die USA in der Vergangenheit große außenpolitische Berechenbarkeit gegenüber ihren Verbündeten nachgewiesen haben, gereicht die stärker werdende Fraktion US-amerikanischer konservativer Populisten und deren Rufen nach einer Abkehr von der umfassenden Unterstützung für die Ukraine den europäischen Staaten zum Nachteil. Daher sichert eine Stärkung einer europäischen Abschreckung gegenüber Russland nicht nur die sicherheitsstrategische Handlungsfähigkeit der USA gegenüber China, sondern erhöht auch gleichzeitig die europäische Souveränität und damit ihr geopolitisches Gewicht in der multipolaren Welt.

*Drittens:* Als Konsequenz aus den ersten beiden Folgerungen muss Deutschland erkennen, dass die Abhängigkeit von einem dominierenden strategischen Partner in einer multipolaren Weltordnung die geostrategische Handlungsfähigkeit einschränkt und

---

<sup>125</sup> Vgl. u. a.: Wertheim 2023.

<sup>126</sup> Vgl.: Gates 2023: 38.

<sup>127</sup> Vgl.: Giegerich/Terhalle 2021: 204.

nachhaltige Konsequenzen daraus ziehen. Mitnichten sollte eine sicherheitsstrategische Entkopplung von den USA stattfinden. Als militärisch, ökonomisch und diplomatisch dominierender strategischer Akteur in der westlichen Hemisphäre muss eines der deutschen strategischen Ziele die Etablierung einer an deutschen Interessen ausgerichteten Partnerschaft mit den USA sein. Gleichwohl lohnt es sich für Deutschland, seine Koalitionen außerhalb bestehender Bündnisse und Partnerschaften von NATO und EU zu diversifizieren.<sup>128</sup> Einerseits um für die USA als einflussreicher Verbündeter relevant zu bleiben und andererseits um resilient gegenüber innenpolitischen Umbrüchen in den USA zu werden.<sup>129</sup> Diese könnten sich beispielsweise in absehbarer Zukunft durch die Wiederwahl von Donald Trump als US-Präsident einstellen und den US-amerikanischen Zentrismus im Kontext von globaler Sicherheit, beispielsweise durch einen NATO-Austritt, verschärfen.<sup>130</sup> Für den indopazifischen Raum werden seitens Deutschlands mit der Intensivierung von militärischen, ökonomischen und diplomatischen Beziehungen zu Südkorea, Australien und Japan erste Schritte in diese Richtung unternommen.<sup>131</sup> Unklar bleibt derzeit jedoch das strategische Ziel dieser Bemühungen. Orientiert sich Deutschland im Indopazifik, wie auch im Russland-Ukraine-Krieg, am Verhalten der USA, ohne zu hinterfragen, ob die strategischen Ziele und Interessen deckungsgleich sind? Wäre mit dem Ziel, die USA als wichtigsten sicherheitspolitischen Verbündeten Deutschlands zu erhalten und gleichsam unabhängiger zu werden nicht eine sicherheitspolitische Schwerpunktsetzung außerhalb des US-amerikanischen Fokus, beispielsweise in Nordafrika, gewinnbringender? Zur Beantwortung derartiger Fragen kehrt die Analyse zu ihrem Ausgangspunkt zurück: Ohne ein Verständnis und auf diesem aufbauend der Hinterfragung der gegenwärtigen deutschen strategischen Kultur wird Deutschland nicht in der Lage sein, eigene strategische Ziele zu definieren, Wege zur Zielerreichung zu identifizieren und diese Wege mit priorisierten Ressourcen zu hinterlegen.

Unabhängig davon, ob sich die USA nach den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 in den seit 2014 zu beobachtenden Tendenzen innerhalb ihrer strategischen Kultur weiter radikalieren und Sicherheitsstrategie ausschließlich aus der US-amerikanisch zentrierten Perspektive denken, bleibt klar, dass Deutschland einen Wandel in seiner strategischen Kultur vollziehen muss, in welchem grundlegende sicherheitsstrategische Denk- und Handlungsmuster und dabei auch das deutsch-US-amerikanische Verhältnis einer Überprüfung unterzogen werden sollte. Hierfür sind beispielsweise folgende Leitfragen für die angestrebte Debatte zielführend: Wie soll deutsche Strategie in einem

**128** Dies gilt im Übrigen nicht nur in Bezug auf die USA, sondern auch auf die NATO-Mitglieder Türkei und Ungarn, die zwar nicht mit einem Austritt kokettieren, aber regelmäßig ihre strategische Partnerschaft zu Russland betonen, Maßnahmen auf NATO- (und in Ungarns Fall auch EU-)Ebene blockieren und damit ein einheitliches Vorgehen verhindern. (Vgl. u. a.: Babst 2023: 28 f.).

**129** Die in dem Papier keine Erwähnung gefundene, aber für den dringend benötigten Diskurs um den Typus der Partnerschaft Deutschlands mit den USA benötigte Perspektive ist zweifelsohne auch die Binnenansicht in die US-amerikanische Gesellschaft. Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und die sozioökonomischen Spannungen beeinflussen jetzt schon das außen- und sicherheitspolitische Engagement der USA, da sie erhebliche finanzielle Ressourcen binden. Für eine strategische Vorausschau ist eine konstante Bewertung dieser Entwicklungen unabdingbar. (Vgl.: Overhaus 2021: 41).

**130** Der frühere Nationale Sicherheitsberater von Trump, John Bolton, verkündete im Falle einer Wiederwahl Trumps im Jahr 2024 den Austritt der USA aus der NATO. Vgl.: Alexandridi 2023.

**131** Vgl.: Maull et al. 2023: 42 f.

Zeitalter rivalisierender Groß- und Mittelmächte gedacht werden? Welche strategischen Ziele setzt sich Deutschland und auf welchen Wegen sollen diese mit wie priorisierten strategischen Ressourcen erreicht werden? Welche historischen Narrative, Werte und Normen, die deutsches Denken und Handeln im Kontext von Sicherheit und Strategie konstruierten, haben noch Gültigkeit oder können angesichts der sich ändernden globalen Rahmenbedingungen beibehalten werden?

Soll die Zeitenwende gelingen, müssen auf diese Fragen Antworten gefunden werden.

## Literaturverzeichnis

- Albertson, Mike/Sokov, Nikolai (2023): Beyond New START: Two Forecasts For Future Russian-US Arms Control, in: International Institute for Strategic Studies vom 25.04.2023, <https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2023/04/beyond-new-start-two-forecasts-for-future-russian-us-arms-control.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Alexandridi, Katerina (2023): Ex-Berater Bolton: USA werden die NATO verlassen, wenn Trump 2024 gewinnt, in: Berliner Zeitung vom 05.08.2023, <https://www.berliner-zeitung.de/news/donald-trumps-ex-berater-john-bolton-usa-werden-die-nato-verlassen-wenn-trump-2024-gewinnt-li.376059>, zuletzt aufgerufen am 12.11.2023.
- Babst, Stefanie (2023): Sehenden Auges: Mut zum strategischen Kurswechsel, dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG: München.
- Bagger, Thomas (2019): Strategiebildungsprozess. Chancen und Grenzen, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen der Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S.111–120.
- Barbin, Jérónimo/ Konopka, Torsten (2023): Militärische Zurückhaltung oder militärisches Engagement? Entstehung und Entwicklung der strategischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland bis 1990 im Lichte von Archivquellen, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 7 (4), S. 327–353.
- Barfield, Thomas (2010): Afghanistan. A Cultural and Political History, Princeton University Press: Princeton.
- Biehl, Heiko/Fiebig, Rüdiger/Giegerich, Bastian/Jacobs, Jörg/Jonas, Alexandra (2011): Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr: Strausberg.
- Bjola, Corneliu/Kornprobst, Markus (2013): Understanding International Diplomacy: Theory, Practice and Ethics, Routledge Verlag: London/New York.
- Borchard, Ralf (2023): Was Biden beim NATO-Gipfel erreichen will, in: Tagesschau vom 10.07.2023, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/usa-erwartung-nato-gipfel-100.html>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Bugayova, Nataliya (2023): It's Time for the West to Embrace Ukraine's Way of War, Not Doubt It, in: Institute for the Study of War vom 25.09.2023, <https://www.understandingwar.org/backgrounder/it%E2%80%99s-time-west-embrace-ukraine%E2%80%99s-way-war-not-doubt-it>, zuletzt aufgerufen am 14.10.2023.
- Bugayova, Nataliya/Stepanenko, Kateryna/Kagan, Frederick W. (2023): Weakness is Lethal: Why Putin Invaded Ukraine and How the War Must End, in: Institute for the Study of War vom 01.10.2023,

- <https://understandingwar.org/backgrounder/weakness-lethal-why-putin-invaded-ukraine-and-how-war-must-end>, zuletzt aufgerufen am 21.10.2023.
- Bunde, Tobias (2019): Make Strategy Grand Again. Gedanken zum Konzept der Grand Strategy in der deutschen Sicherheitspolitik, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen der Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 33–58.
- Die Bundesregierung (2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland – Nationale Sicherheitsstrategie, Berlin, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>, zuletzt aufgerufen am 08.10.2023.
- von der Burchard, Hans/Gallardo, Chistina/Rinaldi, Gabriel/McCleary, Paul/Seligman, Lara/Hudson, Lee (2023): Never mind Britain. Germany looks for US to lead the way on battle tanks to Ukraine, in: Politico vom 11.02.2023, <https://www.politico.eu/article/britain-germany-us-battle-tanks-ukraine-war/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Cancian, Mark (2023): Rebuilding U.S. Inventories. Six Critical Systems, in: Center for Strategic & International Studies vom 09.01.2023, <https://www.csis.org/analysis/rebuilding-us-inventories-six-critical-systems>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Charap, Samuel/Priebe, Miranda (2023): Avoiding a Long War. U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict, in: RAND Corporation vom 25.01.2023, <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA2510-1.html>, zuletzt aufgerufen am 21.12.2023.
- Chauvistré, Eric (2009): *Wir Gutkrieger. Warum die Bundeswehr im Ausland scheitern wird*, Campus Verlag: Frankfurt a. M.
- Dueck, Colin (2023): Why the Monroe Doctrine Still Matters, in: American Enterprise Institute vom 29.03.2023, <https://www.aei.org/research-products/report/why-the-monroe-doctrine-still-matters/>, zuletzt aufgerufen am 09.11.2023.
- The Economist (2022): An Interview With General Valery Zaluzhny, Head of Ukraine's Armed Forces. Edited Highlights of Our Conversation, 15.12.2022, <https://www.economist.com/zaluzhny-transcript>, zuletzt aufgerufen am 06.02.2023.
- Filkins, Dexter (2019): John Bolton on the Warpath – Can Trump's National-Security Adviser Sell the Isolationist President on Military Force?, in: The New Yorker vom 29.4.2019, <https://www.newyorker.com/magazine/2019/05/06/john-bolton-on-the-warpath>, zuletzt aufgerufen am 11.11.2023.
- Fischer, Sabine (2023): Diplomatie im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine. Fortsetzung eines Krieges mit anderen Mitteln (SWP-Aktuell 56), in: SWP Berlin vom 23.10.2023, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A56\\_UkraineKrieg\\_Diplomatie.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A56_UkraineKrieg_Diplomatie.pdf), zuletzt aufgerufen am 11.11.2023.
- Frederick, Bryan/Cozad, Mark/Stark, Alexandra (2023): Understanding the Risk of Escalation in the War in Ukraine, in: RAND Corporation vom 21.09.2023, [https://www.rand.org/pubs/research\\_briefs/RBA2807-1.html](https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RBA2807-1.html), zuletzt aufgerufen am 30.10.2023.
- Gady, Franz-Stefan/Kofman, Michael (2023): Ukraine's Strategy of Attrition, in: *Survival* 65 (2), S. 7–22.
- Gareis, Sven Bernhard (2006): *Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung*, Barbara Budrich Verlag: Opladen/Farmington Hills.
- Gates, Robert (2023): The Dysfunctional Superpower. Can a Divided America Deter China and Russia?, in: *Foreign Affairs* 102 (6), S. 30–44.



- Geis, Anna (2019): Warten auf die große sicherheitspolitische Debatte in Deutschland? Jenseits von Defizitdiagnosen, Vermeidungskampagnen, Erziehungskampagnen, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 199–222.
- Giegerich, Bastian/Terhalle, Maximilian (2021): Verteidigung ist Pflicht – Deutschlands außenpolitische Kultur muss strategisch werden – Teil 1, in: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen* 5 (5), S.203–226.
- Glenn, John (2009): Realism versus Strategic Culture. Competition and Collaboration?, in: *International Studies Review* 11, S. 523–551.
- Gray, Colin S. (1981): National Style in Strategy: The American Example, in: *International Security* 6 (2), S.21–47.
- Gray, Colin S. (1999): Strategic Culture as Context. The First Generation Strikes Back, in: *Review of International Studies* 25, S. 49–69.
- Heuser, Beatrice (1998): *Nuclear Mentalities? Strategies and Beliefs in Britain, France and the FRG*, Palgrave Macmillan: London.
- Heuser, Beatrice (2023a): The Conceptual Heritage of Strategic Culture and Collective Mentality, in: Johnson, Jeannie/Kartchner, Kerry/Bowen, Briana D. (Hgg.), *Routledge Handbook of Strategic Culture*, Routledge: London, S. 17–30.
- Heuser, Beatrice (2023b): Welche Friedenslösung für den Russland-Ukraine-Krieg? Gedanken zu Strategien des Friedensschließens, in: *SIRIUS* 7 (1), S. 38–50.
- Huxley, Tim (2023): The war in Ukraine unfolds alongside a military build-up in the Asia-Pacific, in: *International Institute for Strategic Studies* vom 15.03.2023, <https://www.iiss.org/online-analysis/online-analysis/2023/09/the-war-in-ukraine-unfolds-alongside-a-military-build-up-in-the-asia-pacific/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- International Institute for Strategic Studies (2023): *The Military Balance 2023*, Routledge Verlag: London.
- Jacobi, Daniel (2019): Die Öffentlichkeit der Sicherheit und die Sicherheit der Öffentlichkeit, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 223–248.
- Kamp, Karl-Heinz (2023): Der Weg zur Nationalen Sicherheitsstrategie, in: *SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen* 7 (3), S. 285–290.
- Kieler Institut für Weltwirtschaft (2023): *Ukraine Support Tracker*, 09.10.2023, <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Klein, Margarete/Schreiber, Nils Holger (2022): Der Angriff auf die Ukraine und die Militarisierung der russischen Außen- und Innenpolitik (SWP-Aktuell 76), in: *SWP Berlin* vom 07.12.2022, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A76\\_Russland\\_Militarisierung.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A76_Russland_Militarisierung.pdf), zuletzt aufgerufen am 17.12.2023.
- Konopka, Torsten (2023): *Deutsche Blauhelme in Afrika. Die Bundesrepublik Deutschland und die Missionen der Vereinten Nationen Anfang der 1990er Jahre*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag: Göttingen.
- von Krause, Ulf (2016): *Bundeswehr und Außenpolitik. Zur Rolle des Militärs im Diskurs um mehr Verantwortung Deutschlands in der Welt*, Springer VS Verlag: Wiesbaden.
- Kriemann, Hans-Peter (2021): *Hineingerutscht? Deutschland und der Kosovo-Krieg*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag: Göttingen.
- Mardell, Mark (2023): Obama West Point speech in full with analysis, in: *BBC* vom 29.05.2014, <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-27606537>, zuletzt

- aufgerufen am 09.10.2023.
- von Marschall, Christoph (2023): Was bringen US-Panzer der Ukraine?, in: Handelsblatt vom 03.10.2023, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-was-bringen-us-panzer-der-ukraine/29423426.html>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Maull, Hanns (2010): German Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a “Civilian Power?”, in: *Survival* 42, S. 56–80.
- Maull, Hanns (2011): Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 21, S. 93–117.
- Maull, Hanns W./Stanzel, Angelika/Thimm, Johanne (2023): USA und China auf Kollisionskurs: Die Bedeutung der Innenpolitik für das bilaterale Verhältnis (SWP-Studie 2/2023), in: SWP Berlin vom 07.03.2023, <https://www.swp-berlin.org/publikation/usa-und-china-auf-kollisionskurs>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2023.
- Mayer, Florens (2017): *Möglichkeiten und Grenzen deutscher Sicherheitspolitik. Eine Analyse der Strategischen Kultur Deutschlands*, Barbara Budrich Verlag: Opladen/Berlin/Toronto.
- McCarthy, Niall (2019): The Annual Cost Of The War In Afghanistan Since 2001 [Infographic], in: *Forbes* vom 12.09.2019, <https://www.forbes.com/sites/niall-mccarthy/2019/09/12/the-annual-cost-of-the-war-in-afghanistan-since-2001-infographic/?sh=6d1a8b371971>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Mölling, Christian (2014): Die Zwei-Prozent-Illusion der Nato. Deutschland sollte das Bündnis zu mehr Effizienz anregen (SWP-Aktuell 54), in: SWP Berlin vom 12.08.2014, <https://www.swp-berlin.org/publikation/mehr-effizienz-fuer-die-nato>, zuletzt aufgerufen am 12.10.2023.
- Münch, Philipp (2015): *Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Konflikten*, Rombach Verlag KG: Freiburg i.B./Berlin/Wien.
- Naumann, Klaus (2009): Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48, S. 10–16.
- Naumann, Klaus (2019): „Einbinden“ und „Mitnehmen“ reicht nicht aus. Öffentlichkeit als strategisches Problem der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 187–198.
- Obama, Barack (2014): Remarks by the President at the United States Military Academy Commencement Ceremony, West Point, 28.05.2014, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony>, zuletzt aufgerufen am 06.10.2023.
- Overhaus, Marco (2015): Die Verteidigungspolitik der USA. Grundlegende Trends und ihre Auswirkungen auf das transatlantische Verhältnis (SWP-Studie 11/2015), in: SWP Berlin vom 09.06.2015, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2015\\_S11\\_ovs.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2015_S11_ovs.pdf), zuletzt aufgerufen am 02.01.2024.
- Overhaus, Marcus (2021): Sieben Trends. Wechselwirkungen, Ausblick und die Folgen für Europa, in: Overhaus, Marcus (Hg.), *State of the Union. Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa* (SWP-Studie 6/2021), S. 41–43, SWP Berlin vom 03.06.2021, [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S06\\_Overhaus\\_State\\_of\\_Union.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S06_Overhaus_State_of_Union.pdf), zuletzt aufgerufen am 02.01.2024.
- Pankratz, Thomas (2019): Zur Weiterentwicklung des Konzepts der Strategischen Kultur – Ideen zu einem ganzheitlichen Ansatz, in: Pankratz, Thomas/Hensellek, Benedikt (Hgg.), *Strategische Kultur als unterschätzter Faktor von Strategie und*

- Sicherheit, Landesverteidigungsakademie: Wien, S. 25–42.
- Peck, Michael (2022): HIMARS rockets have been a ‘game changer’ in Ukraine, and the US Army is now looking for ways to build up to 500 more, in: *Business Insider* vom 13.09.2022, <https://www.businessinsider.com/us-army-looking-to-build-hundreds-more-himars-launchers-2022-9#:~:text=Adding%20480%20new%20launchers%20would,its%20force%20to%20547%20HIMARS>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Raine, John (2023): Zelenskyy’s race against geopolitics (IISS analysis), in: *International Institute for Strategic Studies* vom 05.10.2023, <https://www.iiss.org/online-analysis/online-analysis/2023/10/zelenskyy-s-race-against-geopolitics/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Reichenberger, Florian (2019): *Der gedachte Krieg. Vom Wandel der Kriegsbilder der Bundeswehr (Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 13)*, De Gruyter Oldenbourg: Berlin.
- Reisner, Markus (2023): 1 Jahr Krieg um die Ukraine. 5 Antworten auf die aktuellsten Fragen, in: *Strategische Horizonte* 1, S. 4–7.
- Rimmel, Hendrik (2023): Fact-checking im Ukraine-Krieg. Der Marder als Game-Changer? (#GIDSfacts), in: *German Institute for Defence and Strategic Studies*, Hamburg vom 01.03.2023, <https://gids-hamburg.de/der-schuetzenpanzer-marder-gamechanger-im-ukraine-krieg/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Rink, Martin (2021): Was ist „Krieg“? Was nennen wir „Krieg“?, in: Maurer, Jochen/Rink, Martin (Hgg.), *Einsatz ohne Krieg? Die Bundeswehr nach 1990 zwischen politischem Auftrag und militärischer Wirklichkeit. Militärgeschichte, Sozialwissenschaften, Zeitzeugen*, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen, S. 31–58.
- Rudolf, Peter (2022): Bidens Balanceakt – die Ukraine stärken, Krieg mit Russland vermeiden (SWP-Aktuell 41), in: *SWP Berlin* vom 28.06.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/bidens-balanceakt-die-ukraine-staerken-krieg-mit-russland-vermeiden>, zuletzt aufgerufen am 03.10.2023.
- Saxer, Marc (2023): Die Zeit der Wolfswelt, in: *Internationale Politik* 4, S. 60–65.
- Saxi, Hakon Lunde (2020): *German Military Strategy. Culture Eats Strategy for Breakfast*, in: Matlary, Janne Haaland/Johnson, Rob (Hgg.), *Military Strategy in the 21st Century. The Challenge for NATO*, C. Hurst & Co Verlag: London, S.383–403.
- Schaller, Christian (2019): „America First“. Wie Präsident Trump das Völkerrecht strapaziert (SWP-Studie 27/2019), in: *SWP Berlin* vom 11.12.2019, <https://www.swp-berlin.org/publikation/america-first-wie-praesident-trump-das-voelkerrecht-strapaziert>, zuletzt aufgerufen am 01.12.2023.
- Schimmelpfennig, Jörg (2023): Im Ukraine-Krieg geht es auch um Taiwan. Spieltheoretische Annäherung an einen Konflikt globaler Bedeutung (#GIDSstatement 6/2023), in: *German Institute for Defence and Strategic Studies* vom 22.03.2023, <https://gids-hamburg.de/im-ukraine-krieg-geht-es-auch-um-taiwan/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Schöllgen, Gregor (1993): *Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik*, Ullstein Verlag: Frankfurt a.M.
- Schulz, Sven Christian (2023): Warum die Abrams für die Ukraine jetzt nutzlos wären – aber ein guter Bluff sind, in: *Redaktionsnetzwerk Deutschland* vom 19.01.2023, <https://www.rnd.de/politik/abrams-panzer-fuer-die-ukraine-ein-cleverer-schachzug-F7GLUMY2ZBHDVPVQ235AOVJNOU.html>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- Seppo, Antti (2021): *From Guilt to Responsibility and Beyond. The Evolution of German Strategic Culture after the End of the Cold War*, Berliner Wissenschafts-



Verlag: Berlin.

- Snyder, Jack (1977): *The Soviet Strategic Culture: Implications for Limited Nuclear Options*, Rand Cooperation: Santa Monica.
- Staack, Michael (2014): *Ohne Ziel und ohne Kompass? Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, in: Staack, Michael/Krause, Dan (Hgg.), *Europa als sicherheitspolitischer Akteur*, Barbara Budrich Verlag: Opladen/Berlin/Toronto, S. 173–200.
- Sullivan, Jake (2023): *The Sources of American Power. A Foreign Policy for a Changed World*, in: *Foreign Affairs* 102 (6), S. 8–29.
- Thiels, Christian (2019): *Das Land ohne Eigenschaften? Das Weißbuch 2016 und Deutschlands schwieriges Verhältnis zur eigenen sicherheitspolitischen Strategie*, in: Jacobi, Daniel/Hellmann, Gunther (Hgg.), *Das Weißbuch von 2016 und die Herausforderungen von Strategiebildung. Zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit*, Springer VS Verlag: Wiesbaden, S. 173–187.
- The U.S. Department of Defense (2022): *National Defense Strategy of The United States of America. Including the 2022 Nuclear Posture Review and the 2022 Missile Defense Review*, Washington, 27.10.2022, <https://media.defense.gov/2022/Oct/27/2003103845/-1/-1/2022-NATIONAL-DEFENSE-STRATEGY-NPR-MDR.PDF>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- The U.S. Department of Defense (2023): *U.S. Security Assistance to Ukraine*: Washington, 21.02.2023, <https://media.defense.gov/2023/Feb/23/2003166204/-1/-1/1/DEPARTMENT-OF-DEFENSE-UKRAINE-INFOGRAPHIC-FINAL-2-21-2023.PDF>, zuletzt aufgerufen am 06.12.2023.
- The US Department of State (2013): *Remarks on US Policy in the Western Hemisphere. Remarks by John Kerry, Secretary of State, Organization of American States*, Washington, 18.11.2013, <https://2009-2017.state.gov/secretary/remarks/2013/11/217680.htm>, zuletzt aufgerufen am 09.11.2023.
- Utz, Tobias (2023): *US-Senat blockiert Finanzhilfen für Ukraine – Selenskyj sagt Videoschalte überraschend ab*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 09.12.2023, <https://www.fr.de/politik/unterstuetzung-truppen-ausruestung-kongress-republikaner-demokraten-news-ukraine-krieg-usa-finanzielle-zr-92711703.html>, zuletzt aufgerufen am 12.12.2023.
- The White House (2015): *National Security Strategy of the United States of America*, Washington, Februar 2015, <https://history.defense.gov/Portals/70/Documents/nss/NSS2015.pdf?ver=TJJ2QfM0McCqL-pNtKHtVQ%3d%3d>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- The White House (2017): *National Security Strategy of the United States of America*, Washington, Dezember 2017, <https://history.defense.gov/Portals/70/Documents/nss/NSS2017.pdf?ver=CnFwURrw09pJ0q5EogFpwg%3d%3d>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- The White House (2021): *Readout of President Joseph R. Biden, Jr. Call with President Vladimir Putin of Russia*, Washington, 13.04.2021, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/04/13/readout-of-president-joseph-r-biden-jr-call-with-president-vladimir-putin-of-russia-4-13/#:~:text=President%20Biden%20emphasized%20the%20United,Russia%20to%20de%20Descalate%20tensions>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023
- The White House (2022a): *National Security Strategy of the United States of America*, Washington, 12.10.2022, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.
- The White House (2022b): *Indo-Pacific Strategy*, Washington, 11.02.2022, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/02/U.S.-Indo-Pacific->

Strategy.pdf, zuletzt aufgerufen am 04.11.2023.

The White House (2023a): FACT SHEET: One Year of Supporting Ukraine, Washington, 21.02.2023, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/02/21/fact-sheet-one-year-of-supporting-ukraine/>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.

The White House (2023b): Remarks by President Biden on Supporting Ukraine, Defending Democratic Values, and Taking Action to Address Global Challenges, Vilnius, 12.07.2023, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/07/12/remarks-by-president-biden-on-supporting-ukraine-defending-democratic-values-and-taking-action-to-address-global-challenges-vilnius-lithuania/#:~:text=Our%20commitment%20to%20Ukraine%20will,to%3A%20sovereignty%2C%20territorial%20integrity>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.

Watling, Jack/Reynolds, Nick (2023): Meatgrinder: Russian Tactics in the Second Year of Its Invasion of Ukraine (RUSI Special Report), in: Royal United Services Institute for Defence and Security Studies vom 19.05.2023, <https://static.rusi.org/403-SR-Russian-Tactics-web-final.pdf>, zuletzt aufgerufen am 02.01.2024.

Wertheim, Stephen (2023): The Ukraine war is in a new phase. Biden must rethink the US position, in: The Guardian vom 06.10.2023, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/oct/05/biden-us-strategy-russia-ukraine-war>, zuletzt aufgerufen am 09.10.2023.